

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
ganzzjährig . . . . . 192.—

Rücklieferung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montags täglich früh.

## Die „Befreiungstare“.

Schon vor Jahren tauchte gelegentlich die Nachricht von einer Befreiungstare auf, welche der tschechoslowakische Staat für die ihm gewährte Selbständigkeit an die Ententestaaten zu zahlen haben werde. Die Nachricht klang damals etwas unbestimmt, hatte die Form eines Gerüchtes, es war die Rede von einem Betrage von „nur“ etwa 750 Millionen Kronen, und die tschechische Öffentlichkeit beschwerte ihr Gemüt nicht weiter mit diesem unangenehmen Gedanken, da sie diese Zahlungsverpflichtung in nebelgrauer Ferne liegend wühlte und im übrigen starkes Vertrauen in die Sympathien der Ententestaaten setzte, die doch nicht so geschäftstüchtig sein würden, sich die Befreiung des tschechischen Volkes inbarer Münze bezahlen zu lassen. Der erbaulich-rührenden Leibesgeschichte, wonach die Siegerstaaten aus tiefgefühltester Liebe für das tschechische und slowakische Volk, also lediglich aus idealsten selbstlosesten Motiven dessen Befreiung vom Habsburgerjoch betrieben haben, entsprach die Vorstellung schlecht, daß die kämpfenden Brüder nach beendigtem Kriege auf Heller und Pfennig die entstandenen Vorauslagen vorrechnen und die Mehrbeträge einfließen würden. Wohl mußten die Alliierten die Kosten der Erhaltung und Ausrüstung der tschechischen Legionen bestreiten, aber schließlich brachten doch diese im Dienste der gemeinsamen Sache ein anderes und größeres Opfer, nämlich das Leben der Soldaten, die in den Legionen kämpften. Man konnte sogar öfters lesen, daß es die tschechoslowakischen Legionen gewesen sind, die die Kriegsentcheidung zugunsten der Alliierten zu beeinflussen vermochten.

In diese Stimmung der Sorglosigkeit und der Leibesgeschichte sind einige Bemerkungen in der letzten Rede des Herrn Außenministers über die Zahlungsverpflichtungen der Tschechoslowakei wie eine Bombe hineingefallt. Vor allem erhöht sich nach seinen Mitteilungen die Befreiungsschuld der Tschechoslowakei auf etwa fünf Milliarden Kronen, aber das ist nur der geringere Teil der Verpflichtungen, welche aus den Friedensverträgen für den tschechoslowakischen Staat sich ergeben, der weitaus größere Teil betrifft die Zahlungsverpflichtung, welche aus der Abföhrung der alten österreichischen Staatsgüter und aus der Schuld für die vom tschechoslowakischen Staate als Staatseigentum erklärten Krongüter resultieren. Die Sache ist die: Oesterreich und Ungarn haben nach dem St. Germainer und dem Trianoner Friedensverträge an die Siegerstaaten Reparationszahlungen zu leisten. Aus den zusammengeschrumpften und verarmten Staaten, die, um überhaupt leben zu können, auf Kredithilfe vom Völkerverbund angewiesen sind, ist an Reparationen — das sind im Grunde genommen Kriegsentwädigungen — nichts herauszuholen. Unter „Oesterreich“ und „Ungarn“ werden nun nicht bloß diese Staaten in ihrem heutigen reduzierten Umfang verstanden, sondern in ihrem früheren, das heißt: für alles von diesen Staaten auf die Nachfolgestaaten übergegangene Staatseigentum haben diese entsprechende, von der Reparationskommission festzusetzende Entwädigungen zu bezahlen, welche auf das Reparationskonto Oesterreichs und Ungarns gutzubuchen sind. Da nun die Tschechoslowakei sowohl von Oesterreich wie von Ungarn Staatseigentum übernommen hat, so soll sie auf die Reparationskonten beider Staaten Zahlungen leisten, die, wie Dr. Beneš sagte, mit etwa zwanzig bis dreißig Milliarden Kronen bemessen werden dürften. Die Summe kann aber auch noch höher werden! Die eigentliche „Befreiungstare“ hinzugerechnet, ergibt die Gesamtsumme von mindestens 30 bis 35 Milliarden!

Die Mitteilungen des Außenministers haben in der tschechischen Öffentlichkeit niederschmetternd gewirkt. Solche Löhne, wie sie die tschechische Presse in den letzten Tagen gegen die Befreier, die mit der Befreiung ein gutes

## Macdonalds Regierungsprogramm.

Für eine Politik der Versöhnung Europas. — Deutschland, Rußland und der Völkerverbund. — Das Arbeitslosenproblem.

London, 12. Februar. (A.M.) Ramsay MacDonald trat nach Eröffnung der heutigen Sitzung im Unterhause sein Exposé vor. Das Haus war bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. An der Sitzung nahmen viele hervorragende Persönlichkeiten, darunter Mitglieder des diplomatischen Korps, teil.

In Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten führte Macdonald aus, daß er ein doppeltes Amt, nämlich das des Premiers und des Staatssekretärs für Aeußeres übernommen habe, um so jeder vorzunehmenden politischen Handlung das Gewicht beider Ämter verleihen zu können.

### Die Anerkennung Rußlands.

Er habe sich entschlossen, ohne Verzögerung Rußland anzuerkennen, u. zw. im vollen Einverständnis seiner Kollegen mit dieser politischen Handlung. Er wünscht, alle unerledigten Angelegenheiten zwischen Rußland und Großbritannien zu erledigen. Der erste Schritt hierzu war die Anerkennung. Macdonald beabsichtigt, ein vollständiges Verzeichnis aller unerledigten Fragen nach Moskau zu senden, soweit sie dem Außenamt bekannt sind. Er schlägt vor, daß augenblicklich alle von der Sowjetregierung bezüglich der Schulden etc. gemachten Versprechungen revidiert werden — was auch bereits geschehen ist — und die Sowjetregierung hat der Ernennung von russischen Mitgliedern in eine englisch-russische Kommission zugestimmt, der alle Details betreffend andere, die Schulden und dergleichen Fragen aus dem Verzeichnis der unerledigten Angelegenheiten zugeleitet würden, über die zwischen den Vertretern Rußlands und Großbritanniens verhandelt und ein Abkommen geschlossen würde. Bis Ende der Woche hoffe er, daß der Leiter der Botschaft, Kalowski, nach Moskau zwecks Einholung definitiver Instruktionen seiner Regierung für diese Verhandlungen abreisen wird. Der Premierminister fuhr fort:

„Je eher wir die Verhandlungen mit Rußland beenden, um so besser wird es sein, und ich schlage vor, daß es ehestens geschehe, und daß ein neues Blatt aufgeschlagen werde, auf dem, wie ich hoffe, noch freudlichere Vorfälle und Ereignisse eingetragen werden.“

### Das Verhältnis zu Frankreich.

Sodann ging Macdonald auf die Frage der britischen Beziehungen zu

Frankreich und die unerledigten Fragen zwischen beiden Ländern über. Er sagte, er bedaure, daß er heute keine vollständige Erklärung über diese Angelegenheiten abgeben könne, fügte aber hinzu:

„Ich bin sehr glücklich, sagen zu können, daß ich, wenn nicht etwas Unvorhergesehenes eintritt, — und ich glaube nicht, daß das der Fall sein wird — hoffe, daß ein vollkommenes Einvernehmen bezüglich der Pfalz in den nächsten Tagen erzielt werden wird.“

Ich benütze diese erste Gelegenheit, Poincaré für die nachdrückliche und herzliche Mitarbeit nach den Vorschlägen, die ich ihm über diese Angelegenheiten gemacht habe, Dank auszusprechen. Meine erste Aufgabe war es, eine gesündere Atmosphäre zwischen Frankreich und Großbritannien zu schaffen. Unsere Diplomatie muß objektiv, ganz offenherzig, vollkommen aufrichtig, durchaus überlegt und auf der anderen Seite immer nur das Gleiche suchend sein.

Frankreich hat, welche Politik immer wir verfolgen werden, nichts zu fürchten. Großbritannien wird es vielleicht nicht möglich sein, mit allem, was Frankreich tut, übereinzustimmen, siehe der Premierminister fort, und Großbritannien hat auch nicht erwartet, daß Frankreich aller englischen Wünschen entsprechen wird; es muß aber nichts zwischen den beiden Ländern eintreten — und ich bin mir dessen gewiß, daß das nicht der Fall sein wird — was nicht durch guten Willen und ehrliches Vorgehen geregelt werden könnte.

Macdonald sprach die Ansicht aus, daß, wenn die Versöhnungspolitik in dem Geiste verfolgt würde, in dem sie begonnen hat, Frankreich und Großbritannien vor Ablauf des Jahres mit den anderen europäischen Völkern an der Schaffung von Bedingungen für ein europäisches Einvernehmen herzlich zusammenarbeiten würden. Nichtsdestoweniger könne er nichts tun, solange er nicht Berichte von den Reparationsausschüssen erhalte, die die erste Instanz bei der allgemeinen Regelung bleiben. Sobald diese Ausschüsse die Berichte über ihre Beschlüsse mitgeteilt haben, dann halte er die Zeit für eine vollkommene Revision aller englischen Probleme und Verpflichtungen und alle übrigen Fragen für gekommen, um diese Probleme eingehend zu erörtern und sie einvernehmlich zu lösen. Macdonald

Wunderkraft sich hier erproben soll, vereinigen sich sofort alle seine bisherigen Bewunderer in dem Urteil, daß sie undurchführbar seien und abgeändert werden müßten. Es ist in der Tat richtig, daß die Tschechoslowakei, wenn sie zur Zahlung der Befreiungstare und der Abföhrungssumme für das frühere österreichisch-ungarische Staatseigentum verhalten werden würde, glatt verarmen müßte, und daß dies hieße, sie zu einem Bettlerstaat zu machen. Wenn nun schon das tschechische Volk darüber empört ist, daß man ihm für seine Befreiung eine Gebühr abnehmen will, ohne die von ihm gebrachten Menschenopfer in Gegenrechnung zu stellen, was sollen erst die anderen Nationen im Staate dazu sagen, daß sie die Befreiungstare mitzahlen sollen, obwohl sie alles eher denn „befreit“ wurden! Die Zahlung des verlangten Milliardenbetrages würde die Wirtschaft der Tschechoslowakei ruinieren, ihre Finanzen dauernd zerstören und ihre Währung vernichten. Gegenüber diesem Wahnsinn könnte natürlich auch die deutsche Arbeiterschaft nicht gleichgültig bleiben, der dadurch das bescheidene Dach über dem Kopfe weggerissen werden würde. Aber die Bevölkerung im Staate könnte aus der Habgier der Siegerstaaten, die sich auch an ihr austoben will, erkennen, daß der Imperialismus der kapitalistischen Staaten internationales Gepräge trägt, und daß seine Deutigkeit selbst davor nicht zurückschreckt, aus dem Befreiungskampfe der Völker ein schosles Geschäft zu machen.

fügte hinzu, das endgültige Ziel des Außenministers müsse die Erreichung eines Abkommens über die Pfälzungen sein. Dieses Abkommen wird ein starker Beweis für eine erfolgreiche Politik sein.

### Ausbau des Völkerverbundes.

Und noch etwas liege ihm am Herzen. Er wolle seine ganze Energie zur Debung des repräsentativen Charakters und der Autorität des Völkerverbundes verwenden. Er hoffe, daß der Völkerverbund immer mehr und mehr zu einem internationalen Gerichtshof für die Lösung der Fragen wird, deren direkte Lösung zwei Nationen allein untereinander zu lösen für unmöglich halten.

### Deutschland muß in den Völkerverbund eintreten

Macdonald hofft, daß auch Rußland in denselben eintreten wird. Die Regierung habe vor allem an dem europäischen Problem gearbeitet, doch habe er das sichere Gefühl, daß, wenn Amerika einsehen werde, daß dieses Problem von einem neuen Gesichtspunkte mit Begeisterung und Idealismus gelöst wird, es vollkommen bewirkt sein wird, an dieser Arbeit teilzunehmen.

Der Rest der Rede war den innerpolitischen Angelegenheiten gewidmet. In Angelegenheit der Wohnungsfrage sagte Macdonald, daß die Arbeitslosigkeit im Bauwesen ein besonders schwieriges Problem sei. Die Trade Union habe sich der Verlängerung der Arbeitszeit mit berechtigten Einwänden entgegen gestellt, obwohl die Regierung ihnen die Garantie ständiger Arbeit auf etliche Jahre versprochen hat. Auf der unlängst stattgefundenen Konferenz des Ministers, der Bauunternehmer und Arbeiter herrschte eine ungewöhnlich günstige Stimmung, und Macdonald hegt große Hoffnungen, daß die Frage der Arbeitslosigkeit in kurzer Zeit erfolgreich gelöst werden wird. Betreffend die Arbeitslosigkeit sagte der Premierminister, er wolle das erste Augenmerk keineswegs einer Erholung des Arbeitsmarktes, sondern der Wiederbelebung des Handels widmen. Eines der großen Probleme ist die Finanzlage des Landes und Macdonald beabsichtigt die Konstituierung eines Ausschusses von Autoritäten für die vollständige und wissenschaftliche Revision dieser Frage.

Der Premierminister skizzierte hierauf kurz die Vorschläge zur Unterstützung der Landwirtschaft. Die Resolutionen der Reichswirtschaftskonferenz werden von der Regierung dem Unterhause zwecks Entscheidung vorgelegt werden.

In Besprechung der Stellung der Arbeiterregierung, die sich in der Minderheit befindet, erklärte Macdonald, die Regierung werde bloß einem von den verantwortlichen Führern der übrigen Parteien vorgelegten und vom Unterhause angenommenem Minderheitsvotum weichen.

### Die Pfalzfrage.

England und Frankreich in den Hauptpunkten einig.

London, 12. Februar. Der diplomatische Bericht des „Daily Telegraph“ schreibt zur Pfalzfrage, Ramsay MacDonald werde in Fragen, die nicht Lebensfragen der britischen Politik betreffen, Poincaré auf halbem Wege entgegenkommen. Nachdem ein Übereinkommen hauptsächlich in den Hauptpunkten des pfälzischen Problems erzielt sei, sei es wahrscheinlich, daß gemäß einer französischen Anregung die Oberkommissare und ihre Sachverständigen jetzt von den Regierungen werden ersucht werden, wie dies auch in Sachen der Kölner Eisenbahnen geschah, einen endgültigen und konkreten Plan für die Regelung der Pfalzfrage während der allernächsten Tage zu entwerfen.

### Die ungarischen Genossen bei Snowden.

Eine Abgabe an den Gorthy-Wechselkurs.

London, 12. Februar. (Eigenbericht.) Die hier weilende Delegation der ungarischen Sozialdemokratie, bestehend aus Feidl, Garani und Professor Bamberg, hatte heute eine längere Unterredung mit dem Schatzkanzler Genossen Snowden. Dieser erklärte unter anderem, daß er in dem Interim, das vor einiger Zeit im „Bester Lloyd“ erschienen sei, nur die Sympathie für das ungarische Volk, nicht aber seine Stellungnahme zur gegenwärtigen Gorthy-Regierung ausdrücken wollte. Snowden ermächtigte die Delegation, diese Erklärung zu veröffentlichen. Heute abends hatte die Delegation eine Unterredung mit dem Minister Genossen Wedgewood.

# Die Arbeiterregierung an der Arbeit.

Von unserem Londoner Berichterstatter.

Die Wiedereröffnung des englischen Parlaments bringt den dramatischen Augenblick des historischen Szenenwechsels: die Arbeiterpartei zum ersten Mal auf der rechten Seite des Hauses, MacDonald als Premierminister der Regierungserklärung vorlesend. Baldwin, der gewesene konservative Ministerpräsident, ihm gegenüber auf den Bänken der offiziellen Opposition. Der Inhalt der Regierungserklärung wird niemand überraschen; hat man doch in den drei Wochen, seit denen die Regierung im Amte ist, klar gesehen, daß diese Regierung der Arbeiter eine Regierung der Arbeit ist.

Diese Regierung will arbeiten. Sie weiß, daß sie dabei ungeheure Schwierigkeiten gegen sich hat: Schwierigkeiten, weil sie parlamentarisch eine Minderheitsregierung und sozial eine Regierung der Arbeiterklasse ist und darum ganz besonders große und dringende Aufgaben zu bewältigen hat. Forderungen der arbeitenden Menschen, um die sich eine bürgerliche Regierung nicht gekümmert hätte, an denen eine Arbeiterregierung aber ihre Daseinsberechtigung erweisen muß. Gerade die Verbindung dieser beiden Umstände: daß die englische Arbeiterregierung die Hoffnungen der englischen Arbeiter gegen eine parlamentarische Mehrheit der englischen Bourgeoisie erfüllen soll, macht ihre Stellung so doppelt schwer. Gegenüber ihren Gegnern hat die Arbeiterregierung einen glücklichen Anfang gehabt; durch ihre Mäßigung, die jede Unterstüßung und jede Demonstration vermeidet, aber sicher und ruhig ans Werk geht, hat sie eine günstige Atmosphäre geschaffen. Aus den eigenen Reihen ihrer Anhänger drängen eine Reihe kritischer Probleme hervor: der Lokomotivführerstreik, die Forderungen der Dockarbeiter, die herannahende Auseinandersetzung im Bergbau, die unabweisbare Forderung nach Verbesserung der elenden Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter beweisen, daß der Luftstich der Arbeiterpartei zur Regierung zugleich ganz natürlich das Kraftgefühl und die Kampflust der Arbeiterklasse auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet, auf dem sie in den letzten Jahren Gedrückte und geschlagen war, wiedererweckt hat. Es wird eine der größten und schwersten Aufgaben der nächsten Zukunft sein, die wirtschaftliche und die politische Aktion miteinander derart zu vereinen, daß die eine nicht die andere schädigt.

Was hat die Arbeiterregierung inzwischen bereits getan? Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ist der wichtigste Schritt die Anerkennung der russischen Regierung. Sie ist bedingungslos erfolgt, als ein selbstverständlicher und längst fälliger Schritt, der nicht einen Tag länger aufgeschoben werden sollte; die Lösung aller praktisch kritischen Fragen ist nicht als Bedingung der Anerkennung aufgestellt, sondern zum Gegenstand lokaler Verhandlungen zwischen den beiden gleichberechtigten Staaten nach der erfolgten Anerkennung gemacht worden; dennoch enthält der Wortlaut des Dokuments in jenem Rhythmus, wo von den Territorien des ehemaligen russischen Reiches die Rede ist, die die Sowjetregierung anerkennen, die notwendige Reserve, die auch Sozialisten und gerade sie gegenüber den heutigen Beherrschern Georgiens machen müssen.

Mit Frankreich hat die englische Arbeiterregierung vorläufig versucht, Beziehungen der Höflichkeit herzustellen, um die gegenwärtige französische Regierung, diesen Exponenten der internationalen Bourgeoisie zunächst durch Ruhe zu entwaffnen. Diesen Versuch, auch da eine vertrauensvolle Atmosphäre zu schaffen, wird die

Affäre des Lord George-Interviews — eine typische Geschichte der alten Diplomatie und der kapitalistischen Giftmischerie, voll von Verwicklungen und Lügen — kaum gestört haben. Es ist indes wenig wahrscheinlich, daß über diesen vorläufigen Versuch hinaus England an eine Lösung der Probleme der europäischen Politik herangehen kann, ehe die Arbeit der Sachverständigenkommissionen beendet ist und ehe die französischen Wahlen entschieden haben, ob die kommende internationale Konferenz mit oder gegen die französische Regierung einberufen werden muß. Es mag Herbst werden, ehe der englischen Arbeiterregierung dieser größte Wurf gelingt.

Aber während in der alten Welt die Arbeiterregierung nur langsam die ausgetretenen Pfade der alten Diplomatie zu verlassen und neue, breitere Wege einzuschlagen vermag, vollziehen sich draußen in den weiteren Gebieten des britischen Weltreiches neue große Begebenheiten und Bewegungen. In zwei der wichtigsten britischen Kolonien, in Indien und Ägypten, fiel der Regierungssanktion der Labour Party zusammen mit einem mächtigen Sieg des jungen, nach Unabhängigkeit strebenden Nationalismus, der in beiden Ländern auf konstitutionellem Wege, durch Wahlen und trotz eines höchst ungeraden Wahlrechts, in Ägypten unter der Führung Zagluel, in Indien unter der Führung Das' den Willen der überwiegenden Mehrheit der Völker mit sich riß. Hier ist der englischen Arbeiterregierung eine ungeheure Aufgabe gestellt: Diese neuen Tatsachen gebührend anerkennen heißt jahrhundert alte Sünden der britischen Bourgeoisie gutmachen, mit jahrhundert alten Traditionen der Ausbeutung von Millionen Menschen durch eine dünne weiße Herrenklasse brechen. Wird die Arbeiterregierung dazu stark genug sein? MacDonalds Botschaft an Indien, noch vor seiner Berufung zur Regierungsbildung erlassen, mit ihrer Mahnung zum gegenseitigen Verständnis und ihrer Warnung vor „revolutionären“ Methoden, ist vielleicht für den Augenblick schon ein Fortschritt, läßt aber den tieferen Einblick in das geschichtliche Geschehen, in die Triebkräfte dieser Revolutionen vermissen. Weit wichtiger und glücklicher ist die Freilassung Ghandis — ein wirklicher Akt der Versöhnung und des Vertrauens. Auch die bestialischen Methoden, mit denen die bürgerliche Regierung Englands in Mesopotamien kapitalistische Kultur verbreitet hat, wem sie dort, wo die Steuern nicht gezahlt wurden, das Luftbombardement wehrloser Dörfer anbefahl — diese Methoden, Steuern durch Fliegerbomben einzutreiben, sind nun ein für allemal begraben. Auch der Bau der Flottenbasis in Singapur — ein aggressiver Akt gegenüber Japan — wird, wenn nicht eingestellt, so doch sicher eingeschränkt werden; in dieser Frage wie überhaupt in der des Militär-, Marine- und Luftflottenbudgets stößt die Arbeiterregierung auf die Schwierigkeit, daß die Zeit zu kurz ist, um vor der Einbringung des Staatsvoranschlags das System grundlegend zu ändern. Nur allgemeine, nicht einseitige Entwaffnung vermag aus dem Dilemma herauszuführen, das hier für Sozialisten innerhalb der kapitalistischen Welt unabweisbar entsteht.

Und es gibt im Augenblick wenn nicht wichtigere Fragen, so doch dringendere Bedürfnisse: wo es um die Lebensnotwendigkeiten des englischen arbeitenden Volkes geht. Eines der drängendsten ist die Bekämpfung der Wohnungsnot; und hier packt die englische Arbeiterregierung einfach und energisch zu. Die Schwierigkeiten in dieser Frage sind zweifach: einerseits die Kartellierung der Kapitalisten, die die Preise der Baumaterialien künstlich hoch halten; andererseits die Sorge der Bauarbeiter, daß eine plötzliche

Konjunktur den Zustrom zu ihrem Berufszweig ungeheuer vermehren und sie nach kurzer Zeit dann durch die vermehrte Konkurrenz vermehrter Arbeitslosigkeit preisgeben würde. Aber schon hat Genosse Tom Shaw, der englische Arbeitsminister, in einer langen Konferenz mit den Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer ein Uebereinkommen über diese Frage erzielt, das der Regierung vorliegt und aus dem Sitzungsfaß des Kabinetts in Gestalt eines großzügigen Planes zum Bau von 200.000 Häusern in das Land hinausgehen wird — wachsend und zeigend, wie eine Arbeiterregierung arbeitet.

Und das andere ärgste Uebel neben der Wohnungsnot, das erste und letzte Problem der englischen Politik und Wirtschaft — die Arbeitslosigkeit? Auch da spielen keine schwierige Fragen mit: die Höhe der Arbeitslosenunterstützung, um die die von Sozialisten verwalteten Fürsorgeämter einiger Londoner Proletarierbezirke (Poplar) seit Jahren mit der Regierung streitig geführt haben — ein Streit, der nun entschieden werden soll. Die wichtigsten Grundzüge zur Regelung der Arbeitslosenunterstützung sind von den Vertretern der englischen Gewerkschaften zusammen mit den Vertretern der Arbeitslosen in sechs Punkten einer „Charta der Arbeitslosen“ zusammengefaßt worden; sie enthalten die Forderung nach Arbeit oder voller Erhaltung der Arbeitskraft durch erhöhte Staatsbeiträge, Mitwirkung der Gewerkschaften und vollständige Trennung der Arbeitslosenunterstützung von der Armenfürsorge; Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten durch die Regierung, Anlage von Staatswerkstätten und von Staatslehrwerkstätten insbesondere für arbeitslose Jugendliche usw. Über jenseits aller dieser Maßnahmen wird eines der wichtigsten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die Ratifizierung des Abkommens von Washington über den Achtstundentag durch die englische Arbeiterregierung sein: ein Mittel, das über seine Wirkung im nationalen Rahmen hinaus internationale Bedeutung hat, denn das Beispiel der englischen Regierung wird den Forderungen der Arbeiterparteien aller Länder nach dem Beitritt ihrer Regierung verstärkte Kraft geben. Damit ist tatsächlich ein internationales Hilfs- und Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit gegeben: die allgemeine Anwendung des Achtstundentages schützt besser als alles andere den Arbeiter des einen Landes gegen die Schmutzkonkurrenz des auswärtigen Ausbeuters. Die Person des Genossen Shaw, der selbst Delegierter Englands auf der Washingtoner Arbeiterkonferenz war, ehe er Sekretär der englischen Arbeiterregierung wurde, und seiner Unterstaatssekretärin, der Genossin Bondfield, die eben erst bei der Sitzung des internationalen Arbeitsamtes in Genf als Vertreterin der englischen Regierung den Vertretern des deutschen und des französischen Kapitals entgegengetreten ist, die vereint im Namen der heiligen Reparationen den Jahnstundentag für die deutschen Arbeiter forderten — diese beiden bürgen dafür, daß der Achtstundentag in der englischen Arbeiterregierung alsbald seine feste Stütze finden wird.

So beginnt die englische Arbeiterregierung ruhig und schrittweise, aber mit fester Hand eine Politik auf weite Sicht. Aller Anfang ist schwer; aber dieser Anfang ist gut.

## Partei und Arbeiterregierung.

London, 12. Februar. (Savas.) In einer Beratung der Abgeordneten der Labour Party unter dem Vorsteher MacDonalds wurde beschlossen, einen Ausschuss zu konstituieren, welcher eine engere Verbindung der Abgeordneten mit den Mitgliedern der Regierung sichern werde.

## Inland.

### Medinger verbeugt sich vor Mussolini.

Herr Dr. Wilhelm Medinger, von den Deutschnationalen, denen er inzwischen den Rücken kehrt, ins Abgeordnetenhaus gewählt, hat sich von der „Neuen Freien Presse“ über die Züricher Beratungen des Minderheitenausschusses der Völkerbundigen-Union ausfragen lassen und sich in diesem Interview mit der traurigen Lage der deutschen und slavischen Minderheiten in Italien beschäftigt. Von den Äußerungen Medingers — die jetzt auch von der „Reichenberger Zeitung“ wiedergegeben wurden, erscheinen uns von besonderem Interesse jene über Mussolini. Herr Dr. Medinger widmet dem Faschistenhäuptling und seinem System folgende anerkennende, innige Worte:

„Die langersehnte Erörterung der italienischen Minderheitsfragen vor internationalem Forum, wozu in Zürich der erste Schritt geschah, soll nicht etwa die Schwierigkeiten vergrößern, mit denen Mussolini im eigenen Lager sichtlich noch zu kämpfen hat. Die Erörterung soll vielmehr nur eine guten Intentionen unterstützen, von deren Vorhandensein wir bei einem Manne eines so gewaltigen staatsmännischen Formates überzeugt sein müssen. Mussolinis Leistungen im Innern seines Staates wie nach außen sind so überraschend, daß wir ein gleich energisches Bemühen auf andern Gebieten von ihm erwarten können.“

Herr Dr. Medinger gehört zu den wenigen ersten und anständigen deutschbürgerlichen Politikern der Tschechoslowakei. Wenn auch er sein Kompliment vor dem Diktator Mussolini und vor dem blutigen Schlimm des Faschismus macht, so erklärt das nur die Tatsache, daß kein Bourgeois in stande ist, sich wahrhaft über die kapitalistische Idee der Gewalt und Unterdrückung zu erheben. Mögen Medingers Lobesworte für Mussolini auch ganz besonderen Gründen entspringen, mag er mit seinem Rotau vor dem „gewaltigen staatsmännischen Format“ des italienischen Diktators auch nur um dessen Wohlwollen für die deutschen Tiroler bühnen — diese Speichelrede ist dennoch eines der Wahrheit achtenden Politikers und a. frechten Mannes unwürdig. Man wird sich dieses widerwärtige Rathbueln Medingers vor Mussolini sehr wohl merken.

### Die „trägerische“ deutsche Schulpolitik.

Wir veröffentlichten seinerzeit eine Notiz über die Errichtung der tschechischen Minderheitsschule in Hafelsbach. Die in dieser Notiz enthaltenen, für die tschechische Schulverwaltung äußerst heillosen Feststellungen benützte Fr. Doreck in der „Cestloslovenska Republika“ zu einem wüsten Angriff gegen die deutschen Sozialdemokraten, die angeblich eine „trägerische“ deutsche Schulpolitik betreiben. Doreck hat in diesem Artikel, daß er schon einigemal mit deutschen Blättern in Sachen der Schulpolitik abgerechnet habe, und daß die deutschen Zeitungen darauf immer schwiegen. Wir wollen daher dem Herrn Doreck auf dessen überflüssige Ausführungen einmal antworten.

Wir behaupteten, daß für 45 Kinder eine zweiklassige tschechische Minderheitsschule bestehe, für welche das Ministerium einen Neubau durchzuführen gedenkt, daß aber von diesen Kindern nur ein einziges tschechisches Kind von rein tschechischen Eltern abstammt, während acht Kinder aus gemischten Ehen (nur drei davon von tschechischen Vätern) die übrigen 36 alle von rein deutschen Eltern stammen. Eine sachliche Erwiderung hätte diese Angaben widerlegen müssen.

## Der Ruf der Wildnis.

Von Jack London.

8

Billie heute wie gewöhnlich. Dabe und Sol-fels kämpften, uns zwanzig Wunden blutend, tapfer Seite an Seite, und Joe bis wie ein Teufel. Einmal schlug er seine Föhne in das Vorderbein eines Hundes und bis ihm die Knochen entzwei. Pile, der Simulant, sprang auf das verwundete Tier und brach ihm das Genick mit raschem Biß. Bud packte einen wuschelnden Gegner an der Kehle und wurde mit Blut bespritzt, als seine Föhne die Halsader durchdriffen. Der warme Blutgeschmack machte ihn noch unachtsamer. Er warf sich auf einen zweiten, und zur selben Zeit fiel er, daß Föhne sich in sein eigenes Fleisch hatten. Spitz hatte ihn hinterlistig von der Seite angefallen. Nachdem Perrault und François ihren Teil des Lagers gesäubert hatten, eilten sie zur Rettung ihrer Schlittenhunde herbei. Die milde Welle der toten Bestien flutete von ihnen zurück, und Bud machte sich frei. Aber nur für einen Augenblick. Die beiden Männer mußten zurücklaufen, um die Vorratsliste zu retten, worauf die Bestien sich wieder zum Anmarsch auf das Gespann wandten. Billie, zur Tapferkeit erwidert, sprang mitten durch das wilde Gesindel und stob über das Eis. Pile und Bud folgten ihm auf den Föhnen, gefolgt von dem Rest der Gefährten. Als Bud sich anschickte, ihm nachzueilen, stürzte Spitz sich rasch auf ihn, mit der deutlichen Absicht, ihn umzuwerfen. Einmal von den Föhnen und unter diesen Mengen von wilden Bestien, wäre es mit ihm auszuweichen. Er parierte den Anmarsch von Spitz und gewann die Flucht nach dem See.

Die neun Jaguhunde sammelten sich wieder und suchten Schutz in dem Walde. Sie befanden sich in einer traurigen Lage, wenigstens sie außer

Verfolgung waren. Da war nicht einer, der nicht aus wenigstens vier oder fünf Wunden blutete. Einige waren schwer mitgenommen worden. Das war schwer an einem Hinterbein verletzt. Dohn, der letzte Jaguhund, der in Dhea hinzugekommen war, hatte eine bößverlechte Kehle. Joe hatte ein Auge verloren, während der gutmütige Billie, dessen Ohr in Felsen zerfissen war, schrie und in die Nacht hinausheulte. Bei Tagesanbruch hinkten sie behutsam zum Lager zurück und fanden es leer von den Hühnern. Die beiden Männer waren in bößer Stimmung, denn mehr als die Hälfte der Vorräte war dahin. Die Bestien hatten sogar die Schlittenselle und die Heltücher kernaagt. Nichts, mochte es auch noch so ungenießbar sein, war ihren Föhnen entgangen. Auch hatten sie ein Paar von Perraults Moccasins (indianische Lederstübe) gefressen; ebenso Stübe der Leisteile und noch zwei Fuß der Peitschenschlinge von François. Dieser unterbrach seine traurige Betrachtung, um nach seinen verwundeten Hunden zu sehen.

„Ah! meine Freunde“, sagte er sanft, „wenn's euch nur nicht tollwütig macht, die vielen Bißte. Am Ende lauter tolle Hunde. Sakredam. Was meinst du, Perrault?“ Perrault schüttelte bedenklich den Kopf. Vierhundert Meilen zwischen hier und Dawson; da konnte er die Tollwut unter seinen Hunden schlecht gebrauchen. Zweistundenlanges Fluchen und große Anstrengung brachten das Gespann in Ordnung, und der wundsteife Zug war unterwegs. Die Hunde mußten sich ungeheuer anstrengen, denn sie hatten jetzt den schwierigsten Teil ihrer Reise nach Dawson angepackt.

Der Dreifüßgeleitensfuß war ganz offen. Sein wildes Wasser hatte dem Frost getrotzt, und nur an seinen ruhigen Stellen hatte sich das Eis bilden können. Sechs Tage erschöpfender Arbeit waren erforderlich, um diese schrecklichen dreißig Meilen zurückzulegen. Und schrecklich waren sie

in der Tat, denn jeder Fuß mußte unter Lebensgefahr für Mann und Hund genommen werden. Ein Dutzendmal brach Perrault beim Ausweichen der bestmöglichen Wegspur ein, aber er rettete sich jedesmal mit Hilfe des langen Stabes, den er rüg und so hielt, daß dieser jedesmal quer über die Höhle fiel, die sein Körper machte. Aber es war bitter kalt, fünfzig Grad unter Null, und Perrault war nach jedem Einbruch in das Eis gezwungen, ein Feuer anzuzünden und seine Kleider zu trocknen.

Nichts erschreckte ihn. Und zwar deshalb nicht, weil er zum Regierungsfourier ausgewählt worden war. Er wagte alles, gab müßig sein kleines, schmalwangiges Gesicht der Kälte preis und quälte sich ab vom Morgengraun bis zur dunklen Nacht. Er ging auf dem gefährlichen Saumeis des Ufers, das sich bog und unter seinen Füßen krachte, und auf dem sie nicht stehen zu bleiben wagten. Einmal brach der Schlitten mit Dave und Bud durch, und die beiden Hunde waren beinahe ertrunken und halberfroren, als sie herausgezogen wurden. Und das übliche Feuer war notwendig, um ihr Leben zu retten. Sie waren rundum mit dichtem Eis bedeckt und die beiden Männer mußten sie andauernd um das Feuer herumjagen, damit sie austauten; und so nahe liefen sie an den Flammen vorbei, daß sie angefangen wurden.

Ein andermal ging Spitz durch und zog die ganze Gesellschaft hinter sich her, bis auf Bud, der mit aller Kraft rückwärts drückte und die vier Füße gegen das schlüpfrige Saumeis stemmte. Ringsum bebte und barst das Eis. Hinter Bud war Dave, der ebenfalls zurückhielt, und hinter dem Schlitten war François, der so fest zog, daß ihm die Sehnen knackten.

Wieder brach das Saumeis vorn und hinten fort, und es gab keine andere Rettung, als

zu versuchen, auf die Klippe zu gelangen. Perrault erkletterte sie wie durch ein Wunder, gerade als François um ein solches Wunder betete. Jeder Riemen und Strick und das letzte Stück des Zuggeschirres wurde zu einem langen Seil zusammengebunden und die Hunde daran auf die Klippe gezogen. François kam zuletzt hinauf, nach dem Schlitten und der Ladung. Dann mußten sie eine Stelle zum Abstieg suchen, und dieser konnte schließlich mit Hilfe des Seiles vor sich gehen. Es war Nacht, als sie wieder am Ufer anlangten, nachdem sie den ganzen Tag nur eine Viertel Meile vorwärts gekommen waren.

Als sie den Dootalinqua und gutes Eis erreichten, hatte Bud ausgespielt. Die anderen Hunde waren in ähnlicher Verfassung. Aber Perrault trieb sie früh und spät an, um die verlorene Zeit einzulösen. Am ersten Tage marschierten sie fünfunddreißig Meilen bis zum großen Salmon, am zweiten wieder fünfunddreißig bis zum kleinen Salmon, am dritten vierzig und gelangten nun zu dem Fibe Fingers.

Buds Füße waren nicht so dick und so hart wie die Füße seiner Gefährten. Die heutigen waren verweichlicht die vielen Generationen seit dem Tage, da sein letzter wilder Vorfahre von einem Höhlenbewohner oder Flußmann gegähmt worden war. Den ganzen Tag hinkte er todmüde dahin, und wenn das Lager aufgeschlagen wurde, legte er sich wie tot nieder. So hungrig er auch war, er stand nicht auf, um seine Ration Fisch zu holen, so daß François sie ihm bringen mußte. Jeden Abend rieb der Hundtreiber Buds Füße eine halbe Stunde nach dem Essen ein, und er opferte die Oberseite seiner eigenen Moccasins, um daraus für Bud vier Schuhe zu machen.

(Fortsetzung folgt.)

# Mund um die Sozialversicherung.

## Quertreibereien der bürgerlichen Parteien. — Das Junktim zwischen der Versicherung der Selbständigen und derjenigen der Arbeiter. — Die Herabsetzung der Leistungen. — Die Haltung der tschechischen Sozialdemokratie.

Der Referent über die Sozialversicherungsvorlage Dr. Leo Winter hat im sozialpolitischen Ausschusse des Abgeordnetenhauses den Grundsatz aufgestellt, daß die Grundsätze der Versicherung unverändert bleiben müssen. Der erste Redner in der Generaldebatte, der Vertreter der republikanischen Agrarpartei Abg. Dubický hat dem Referenten mit aller Deutlichkeit gesagt, wie sich die tschechisch-bürgerlichen Parteien die Unantastbarkeit der Grundsätze vorstellen. In den Grundsätzen darf nichts geändert werden zu Gunsten der Versicherten — das unter-schreiben die Bürgerlichen, soweit gehen sie mit dem Referenten konform —, die Vorlage muß aber da vollkommen geändert werden, wo den Arbeitgebern nicht mindestens die Parität in der Verwaltung der künftigen Sozialversicherungsinstitute eingeräumt wird, die Beiträge und Leistungen müssen auf ein Mindestmaß herabgesetzt werden, kurz es muß die ganze Vorlage den Wünschen der bürgerlichen Parteien angepaßt werden. So lassen die Bürgerlichen die in der Koalition abgeschlossene Vereinbarung auf. Die Bürgerlichen bleiben ihren Grundsätzen treu. Die Lehrlinge dürfen in die Sozialversicherung nicht einbezogen, die Privatangestellten müssen aus der Krankenversicherung ausgeschlossen werden, die außerordentlichen Zahlungen dürfen in den Lohn nicht eingerechnet werden, die Lohnklasseneinteilung muß vollkommen geändert werden, der höchste durchschnittliche Tagesverdienst darf höchstens 20 K betragen, der Wochenverdienst ist für die Einreichung in die Lohnklassen durch sieben zu teilen, die Lehrlinge sind ohne Rücksicht auf die Bezüge in die erste Lohnklasse einzureichen, für die Invalidenversicherung sind nur zwei Lohnklassen festzusetzen, das sind so in gedrängter Form die Wünsche, welche die bürgerlichen Parteien bei der Beratung der Paragraphen eins bis zwölf der Vorlage vorgebracht haben.

Die Bürgerlichen streben also eine ganz bedeutende Reduktion der Leistungen an. Die ganze Unaufrichtigkeit der bürgerlichen Politik geht aus diesem Streben hervor. Bekanntlich ist über Verlangen der Bürgerlichen die Vorlage betreffend die Versicherung der Unselbständigen an die Geschwörung der Vorlage betreffend die Versicherung der Selbständigen gebunden. Dieses Junktim wurde angeblich angestrebt, um nicht nur die Versicherung der Selbständigen an und für sich in Sicherheit zu bringen, sondern auch deshalb, um die Leistungen für die Selbständigen im Verhältnis zu den für die Unselbständigen in Aussicht genommenen Leistungen festzusetzen. Nun müssen die Leistungen an die Selbständigen mit Rücksicht auf den Altersaufbau unter allen Umständen niedriger bemessen werden, als für die Unselbständigen. Der Motivenbericht beschränkt uns darüber, daß der Altersaufbau bei den selbstständigen Unselbständigen folgender ist:

Altersgruppen	Selbständige	Unselbständige
16—20	16.870	655.629
21—30	140.712	798.176
31—40	294.835	441.665
41—50	355.594	345.642
51—60	330.329	261.543
61—65	126.316	92.667
16—65	1.264.656	2.595.322

Es ist also ersichtlich, daß in den Altersgruppen von 16 bis 40 die Unselbständigen bei weitem überwiegen, wosinwegen in den übrigen Altersgruppen die selbstständigen weit stärker vertreten sind. Die Herabdrückung der Leistungen in der allgemeinen Sozialversicherung bedeutet also eine gewaltige Herabdrückung der Leistungen für die Unselbständigen. Immer mehr drängt sich also der Verdacht auf, daß die Vertreter der Selbständigen die Selbständigerversicherung überhaupt nicht wollen, denn sonst könnten sie nicht die im allgemeinen nicht entsprechenden Leistungen der Sozialversicherung noch weiter herabdrücken und dadurch bewirken, daß die Leistungen in der Selbständigerversicherung einem Bettel gleichkommen. Diesem einseitigen Vorgehen der tschechisch-bürgerlichen, dem auch der Vertreter der außerhalb der Koalition stehenden Gewerbetreibenden treue Gesellschaft leistet, steht leider nicht der sozialistische Block gegenüber. Es wird den Bürgerlichen nicht mit der notwendigen Einmütigkeit gleich von allem Anfang an gesagt, daß man den unverföhrenen Forderungen der Bürgerlichen auch nicht im geringsten Ausnahme zu entsprechen will, sondern, daß die sozialistischen Parteien nunmehr, da die bürgerlichen Parteien die Vereinbarungen nicht einhalten und ihrerseits sich an die Vereinbarungen nicht ge-

nicht fertig gestellt sei. Die Abgeordneten äußerten den dringenden Wunsch, vor Erlassung der Verordnung Einblick zu erhalten. Bei dieser Gelegenheit überreichte sie eine Denkschrift über den Sprachverkehr der Matrikenämter mit den Behörden. Der Ministerpräsident versprach eine gewissenhafte Prüfung. Ferner besprachen sie die Notwendigkeit einer gerechten Aufweisung der Bezirksverwaltungscommissionen und Fragen der Bodenreform. Antwärtend an die letzte Vorschläge über die Zustände im Hultschiner Ländchen stellte der Ministerpräsident die Durchführung der Gemeindevahlen, soweit sie noch nicht erfolgt sind, in Aussicht.

bunden fühlen, und nicht nur die selbstverständlichen Korrekturen an dem Organisationsaufbau, sondern auch die Verbesserung und Erweiterung der materiellen Leistungen vornehmen werden.

Die Bürgerlichen sind auch ehrlich bemüht, ihre Forderung nach einem langsameren Tempo der Beratung durchzusetzen. So kommt es, daß der Austausch bisher in zehn Sitzungen 15 Paragraphen von 278 „durchberaten“ hat, wobei festgestellt werden muß, daß die Abstimmung über die Paragraphen 2, 5, 6, 7 und 12 zurückgestellt und daß auch die Debatte über diese nur zum Teile abgeführt wurde. Die unklare Auffassung noch mehr als „lokale“ Haltung der Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten im Unterausschusse wird von den tschechischen Christlichsozialen, die häufig das Jünglein an der Waage bilden und die Situation nach Kräften anmähren, nicht anerkannt. Ihr Organ „Pravdy vedem!“ schreibt in seiner Ausgabe vom 8. Feber 1924:

„Die Sozialversicherung ist so ein schweres Problem, daß das Höchstmaß an Loyalität und gutem Willen aller Koalitionsparteien erforderlich sein wird, um eine Einigung zu erzielen und das Gesetz zu verwirklichen. Aber dem widerspricht die Haltung einiger Koalitionsparteien im Ausschusse. Sobald jemand eine andere Ansicht ausspricht, als sie den Regierungsozialisten genehm ist, oder eine andere als die agrarische, sofort begeifern den „Sünder“ die Organe dieser Parteien. Wir warnen ausdrücklich vor dieser Methode. Der Ausschuss hat erst die ersten Paragraphen durchberaten und es gibt eine Reihe von Unstimmigkeiten.“

Wenn aber durch Zeitungspolemik das gegenseitige Verhältnis der Koalitionsparteien vergiftet werden sollte, dann ist die Sozialversicherung gefährdet, wenn nicht geborgen. Die Sozialisten dürfen nicht glauben, daß sie die Sozialversicherung mit Hilfe der Deutschen und Magyaren verwirklichen könnten. Im Interesse so einer bedeutenden Vorlage ist die größte Loyalität erforderlich.“

Merkt es auch also, Sozialisten! Jede kritische Verachtung der Handlungen des Vertreters der christlichsozialen Partei im Ausschusse kann das Grab für die Sozialversicherung bedeuten. Und wenn ihr Sozialisten euch unserer Unklammerung entziehen und die Sozialversicherung etwa mit den deutschen Sozialisten machen wolltet, so nehmet zur Kenntnis, daß wir dann Mittel und Wege finden werden, um die Sozialversicherung unmöglich zu machen. So spricht der Vertreter einer Partei, die in ihren Reihen sehr viele Arbeiter hat. Es ist klar, daß das alles nur Schreckschüsse sind, die bestimmt sind, die Sozialisten in der Koalition einzuschüchtern, sie den Wünschen der Bürgerlichen feiglich zu machen. Wenn die Sozialisten sich rechtzeitig auf die Hinterfüße stellen, dem Begehren der Bürgerlichen ein entschiedenes „Nein!“ entgegenzusetzen, dann werden auch die Christlichsozialen ihren Versuch, aus der günstigen Situation für sich Kapital zu schlagen — aufgeben. Die Probe auf's Exempel muß gemacht werden. Je früher dies geschieht, desto besser. Es geschieht aber leider das Gegenteil.

Der Vertreter der Nationaldemokraten „Dr. Matoušek“ wieder wirft in den „Novodni“ vom 10. Feber 1924 die Frage auf, ob wirklich der Aufwand für die Krankenversicherung herabgesetzt werden wird. Er verweist darauf, daß durch die Einführung der absozierten Karenz wohl eine Ersparnis von annähernd 50 Millionen erzielt werden wird, daß aber durch die Einführung der neuen im Paragraphen neun II. festgesetzten Leistungen an die Frauen bzw. Geschäftinnen der Mitglieder durch sechs Wochen vor und nach der Niederkunft von 100 Millionen betragender Mehraufwand verursacht wird und er befürchtet, daß die Zentralsozialversicherungsausschuss, gestützt auf den § 159 in allen Fällen, in denen mit dem tschechischen Maximalbeitrag von 5 Prozent das Auslangen nicht gefunden werden könnte, einen darüber hinausgehenden Beitrag bewilligen könnte. Und er kommt zu folgenden Schlußbetrachtungen:

„Es bleibt nichts anderes übrig, als die Vorlage so zu gestalten, damit ihre Ermöglichung von sechs Prozent auf fünf Prozent nicht nur im Paragraphen 159 erhalten bleibe, sondern auch in den anderen Bestimmungen, in denen es sich um die Festsetzung der Ausgaben und Leistungen handelt, in Ermahnung trete. Außerdem muß uns die Möglichkeit gegeben werden, ins Detail nachzuprüfen, bzw. die Berechnungen im Motivenberichte nachprüfen zu lassen, um festzustellen, ob ähnliche „formelle Ersparnisse“ nicht auch in anderen Bestimmungen der Vorlage enthalten sind.“

So weiter ein Koalitionsmitglied die Arbeit der Sachkommission. Das ist schließlich eine Sache, die sich die Herren innerhalb der Koalition anzutragen haben. Es muß den Hochzeiten überlassen bleiben, ob sie die schwere Verächtlichmachung einstecken wollen. Was wir aus den Ausführungen Dr. Matoušeks hervorheben wollen, ist der Umstand, daß die Bürgerlichen mit allen Mitteln eine Reduktion der Leistungen und eine Verschleppung der Beratung anstreben.

Angesichts dieser Situation sollte man glauben, daß die tschechischen Sozialdemokraten immer und immer wieder die Gelegenheit wahrnehmen

werden, um den unmittelbar nach Einbringung der Vorlage eingenommenen Standpunkt von neuem zu präzisieren. Wir halten uns verpflichtet, dem „Pravo Lidu“ seine Artikel in der Nr. vom 29. Juni und 1. Juli 1923 in Erinnerung zu bringen, in welchem es der Erbitterung über das Vorgehen der Bürgerlichen an dem Werke der Sachkommission Ausdruck gegeben wird und das Verlangen gestellt wird, daß gemeinsam mit den übrigen sozialistischen Parteien Verbesserungen angestrebt werden müssen. In der Sonntagsnummer des „Pravo Lidu“ vom 10. Feber 1924 finden wir nun unter der Überschrift „Unsere Grundsätze“ folgende Betrachtungen vor:

Durch die verspätete Vorlage des Entwurfes ist nichts verläumt worden. Die heutige Vorlage, wie sie die Regierung eingebracht hat, weicht nicht wesentlich ab, von der Vorlage, die im Jahre 1920 beabsichtigt war. Es ist auch begreiflich, daß sich die sozialdemokratische Partei mit vollem Rechte zu dieser Vorlage meldet und daß sie sich entschlossen hat, die Regierungsvorlage zu unterstützen und lebhaften Widerstand der kapitalistischen Kreise gegen diese Vorlage zu brechen. Sie ist aber auch entschlossen, sich gegen alle Anträge zu stellen, die aus agitatorischen Gründen von den Oppositionsparteien gestellt werden. Indem sie sich gegen diese Anträge stellt, offenbart sie ihren zielbewußten Standpunkt zum Gesetz über die Sozialversicherung.

Die Sozialdemokratie wird also eine grundlegende Veränderung an der Regierungsvorlage nicht mehr zulassen, ob nun diese Veränderungen von der parlamentarischen Linken oder Rechten angestrebt werden. Mit der Vorlage kann nicht mehr hüttert werden, was früher alle Parteien anerkannten. Damit wird nicht gesagt, daß die unterbreitete Vorlage so einseitig vollkommen ist, daß an ihr insbesondere zum künftigen Vorteile der Arbeiterschaft nichts geändert werden könnte. Aber der heutigen politischen Situation und den gegenwärtigen Machtverhältnissen des Proletariats ist die Vorlage angepaßt und jede weitere Herabdrückung in der gegenwärtigen Zeit ausgeschlossen.

Wenn wir daher irgendwo Verleumder und Aufschwärzer dieser Gesetzesvorlage vorfinden, dann sind es entweder Unwissende oder Heuchler, die an der ganzen Vorlage vor allem das unangenehme berührt, daß durch die Geschwörung der Sozialversicherung sich die Sozialdemokratie eine unabsehbare und unerfüllbare Liebe der arbeitenden Bevölkerung erwirbt.“

In derselben Nummer wird unter der Überschrift „Selbstverwaltung in den Versicherungsinstituten“ die Behauptung der deutschen Sozialdemokraten, daß die Selbstverwaltung in den Sozialversicherungsinstituten aufgehoben wird, als agitatorische Schloßer und als unwahre Ungeheuerlichkeit bezeichnet.

In der sozialpolitischen Beilage derselben Nummer wird die Frage erörtert, aus welchen Gründen die separate Versicherung der Bergarbeiter gegenwärtig gerechtfertigt ist und es wird unter anderem folgendes angeführt:

„Weiters sind auch die Organisationsfragen und die Fragen der Verwaltung der Bergarbeiterversicherung in Betracht zu ziehen. Die Vorlage betreffend die Sozialversicherung sichert den Versicherten den Einfluß auf die Verwaltung in beschränkterem Ausmaße zu als das Gesetz über die Bergarbeiterversicherung. Und dieser Umstand hat auch eine gewaltige Bedeutung für die Bergarbeiter.“

Es muß dem Leitartikel des „Pravo Lidu“ überlassen bleiben, zu unterscheiden, in welche Kategorie er den Verfasser des Artikels im sozialpolitischen Teile einreihen will, ob in die Kategorie der Unwissenden oder jene der Heuchler. Uns scheint, daß der Leitartikelschreiber des „Pravo Lidu“ gut daran tun würde, etwas bescheidener aufzutreten, bei Erteilung der Noten etwas milder zu gehen und vielleicht noch einmal die Vorlage zur Hand zu nehmen und nur mit der von der Sachkommission ausgearbeiteten Vorlage und nicht zuletzt mit den Forderungen seiner Partei und den erst in den letzten Tagen erfolgten kritischen Betrachtungen der der Partei nahe stehenden Institutionen zu vergleichen. Wir glauben aber auch sagen zu müssen, daß das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie gut daran tun würde, den Kampf ausschließlich gegen jene zu führen, die die Verschlechterung und Verschleppung der Sozialversicherung wollen und Schulter an Schulter mit jenen zu kämpfen, die nichts anderes wollen, als eine Verbesserung der Vorlage im Interesse der Versicherten. Wir werden uns eingedenk unserer Verantwortung nicht abhalten lassen, auch wenn es dem Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie beliebt, unsere Anträge, die zum Großteil identisch sind mit jenen Forderungen, die wir früher gemeinsam vertreten haben als demagogisch zu bezeichnen, weiter so zu arbeiten, wie es bisher geschehen ist. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie mag durch den von ihr beliebigen Vorgang der Koalition einen Dienst erweisen, es wird aber schwer halten, den Nachweis zu führen, daß diese Taktik zu beobachtet ein Gebot der Notwendigkeit war.

## Bevorstehende Ausland-Debatte in der Kammer.

Paris, 12. Feber. Der Abgeordnete Wangain hat eine Interpellation über die Wiederaufnahme der Beziehungen Frankreichs zu Sowjetrußland eingebracht, über die voraussichtlich am nächsten Montag debattiert werden wird.

Davon aber ist Herr Borecky weit entfernt. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung soll vielmehr durch die Aufzählung der Minderheitsschulverhältnisse im Brüxer und Tepitzer Inspektionsbezirke widerlegt werden. Allerdings ist dieses Gebiet ziemlich weit vom mittleren Böhmerwald entfernt; es ist uns gar nicht eingefallen, diese Bezirke zu behandeln. Mit der Behauptung, daß die Zahlen der tschechischen Schulkinder in den deutschen Zeitungen erlogen sind, widerlegt man diese Zahlen nicht. Es ist bisher keiner tschechischen Zeitung und keinem tschechischen Politiker eingefallen, deutsche Angaben sachgemäß zu widerlegen. Man könnte in dieser Beziehung eher von Plamagen tschechischer Politiker sprechen, von denen die evidentesten doch die Reden der tschechischen Abgeordneten in der Schuldebatte von 1922 waren. Herr Borecky mochte sich die stenographischen Protokolle dieser Sitzungen geben lassen und aus diesen eine einzige sachliche Widerlegung nennen! Herr Borecky erweist sich, der „Sozialdemokrat“ könnte doch wissen, daß Minderheitsschulen nach dem Gesetz auch für Kinder aus mehreren Schulprengeln errichtet werden können. Da möchten wir ihn doch über den richtigen Wortlaut des Paragraphen 1 des Gesetzes vom 3. April 1919 belehren, in dem er heißt: In jeder Gemeinde kann eine Schule errichtet werden! Womit gesagt ist, daß die Kinder einer Gemeinde und nicht eines ganzen Hauses von Gemeinden heranzuziehen sind.

Was die Behauptung Boreckys anbelangt, daß gerade die deutschen Schulen mit tschechischen Kindern gefüllt seien, so ersuchen wir ihn, gefälligst, diese Behauptung mit Daten zu beweisen. Warum sind denn seit 1921 keine amtlichen Schulstatistiken mehr erschienen? Warum schweigt das Ministerium über die genauen Verhältnisse in den tschechischen Minderheitsschulen und ihren Bezügen? Warum ist bei den summarischen Angaben, die manchmal in die Deffektivität dringen, keine Scheidung nach der Nationalität der Kinder vorgenommen worden. Dies sind alles schwerwiegende Gründe gegen die amtliche Statistik, insbesondere, da sogar der Minister Srobar zugab, daß die Kinderzahlen in tschechischen Minderheitsschulen, die dem Ministerium angegeben werden, nicht stimmen. Ihre Zahlen, Herr Borecky, sind wunderschöne Rechennummern, aber solange die Statistik der Minoritätsschulen als wohlgeheutes Geheimnis zwischen tschechischen Schulleitern und Ministerium gilt, glauben wir Ihnen nicht!

Doch wieder zu unserem Falle Heselbach. Nach der gewöhnlich nicht „antisowjetischen“ Volkszählung von 1921 hat Heselbach mit Zosiental zusammen 959 Deutsche und 25 tschechische Bewohner. Das benachbarte Wasseryuppen hat 1070 Deutsche und 18 Tschechen. Somit sind in dem ganzen Schulprengel Heselbach alles in allem 43 ortsanfällige Tschechen gezählt worden. Daß unter diesen 43 tschechischen Bewohnern 45 tschechische Kinder sein sollen, das zu beweisen wird wohl selbst einem so gewiegten Zahlenjongleur wie Herrn Borecky schwer fallen. Ebenso schwer dürfte es aber in dem benachbarten Richtenbach sein, wo neun ortsanfällige Tschechen gezählt wurden und auch eine tschechische Minderheitsschule besteht. „Diese gemischten Gebiete“, Herr Borecky, wollen Sie sich zu Ihrer Beweisführung auswählen!

Den Antrag an das Ministerium auf eine Untersuchung, ob die Kindereinschreibungen der Bahrheit entsprechen und auf Feststellung der Nationalität der eingeschriebenen Kinder begründen wir vollständig, nur dürfen die dazu anberaumten Regierungsorgane nicht vom Schlage des Herrn Borecky oder Dvoral sein.

## Die Strafanzeige gegen Minister Dr. Kallay.

Das „Nude Pravo“ veröffentlichte kürzlich Einzelheiten über die „Spiritusaffäre“ in der Slowakei, in der außer einigen hochgestellten Personen, Zupans und Beamten der gegenwärtige Minister für die Slowakei, Dr. Kallay, die Hauptrolle spielte. Durch diese Affäre wurde der Staat um 7 1/2 Millionen Kronen bestohlen, welche in die bodenlosen Taschen der slowakischen Patrioten fielen.

Nunmehr schreibt das Blatt: „Unsere Verschuldigung wurde nicht widerlegt, ja die beschuldigten Ueberpatrioten haben nicht einmal darauf reagiert, so daß es notwendig sein wird, die Strafanzeige gegen Minister Kallay und fünf Zupans zu erstatten. Wir erhielten eingehende, sichergestellte und durch die Zeugenschaft von amtlichen Personen garantierte Dokumente über die Spirituspekulation, die im Zusammenhange mit diesem Kallay-Spiritus-Panama steht. Die Details, die mit dem Spirituspanama in der Slowakei zusammenhängen, werden wir erheben und dafür sorgen, daß wir die Herren mit der dicken Haut zum Sprechen bringen. Der Held des slowakischen Spirituspanamas, Minister Dr. Kallay muß dem Präsidenten des Senates Karl Prasek folgen.“

Vertreter der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft“ bei Szecha. In Ausführung eines Beschlusses der Deutschen Arbeitsgemeinschaft sprachen heute deren Vertreter Spina, Mayer, Harting und Kalla beim Ministerpräsidenten Szecha vor. Nach einer allgemeinen Aussprache über die politische Lage wurde zunächst das ganze Problem der Kriegsangelegenheiten verhandelt. Die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft stellten schließlich für die nächsten Tage die Ueberreichung ausgearbeiteter Einzelvorschläge in Aussicht, deren Prüfung der Ministerpräsident zusagte. Anlässlich einer Besprechung der Sprachaufträge erklärte Szecha, daß die Durchführungsverordnung noch

# Ausland.

## Französische Diktaturliste.

Die zahlreichen Zwischenfälle, zu denen die Diskussion über die Regierungsvorlage des Ermächtigungsgesetzes in der Kammer in den letzten Tagen Anlass gegeben hat, lassen täglich neue sensationelle Gerüchte aufstehen. Nachdem am Freitag ganz Paris durch das von der Kammer verbreitete Gerücht von der Demission des Kabinetts Poincaré in Erregung versetzt worden war, zirkulierte einen Tag später in den politischen Kreisen eine Darstellung, daß die Regierung beabsichtige, die Kammer aufzulösen und eine Diktatur zu errichten. Abstricht dieser Art sind Poincaré und vor allem auch dem Präsidenten Millerand bereits mehrfach offen zugeführt worden, ohne daß sie sich bisher bestärkt hätten. Wenn es sich auch diesmal wieder lediglich um eine Kombination handelt, so ist andererseits doch nicht ausgeschlossen, daß man zunächst einmal einen Versuch machen will, um die Wirkung einer solchen Nachricht auf die öffentliche Meinung zu erproben. Sicher ist jedenfalls, daß die französische Regierung augenblicklich in starke innerpolitische Schwierigkeiten verwickelt ist, aus denen ein Ausweg nicht leicht sein dürfte. Wenn auch die letzten Abstimmungen gezeigt haben, daß Poincaré für seine Reformvorlage auf eine wenn auch nicht allzu große, so doch sichere Mehrheit rechnen kann, so ist doch andererseits selbst diese Mehrheit ganz offenkundig dafür, die Verabschiedung des Reformgesetzes solange wie möglich zu verschieben. In reichlich zwei Monaten ist die Diskussion nicht über den ersten von insgesamt 109 Artikeln hinausgekommen, und bei anderen Artikeln, wie dem über die zwanzigprozentige Erhöhung der Steuern, die Abschaffung des Bündelmonopols und das Haltenlassen der Pensionsgesetze, dürfte es zu nicht minder heftigen Angriffen kommen als bei dem bereits verabschiedeten Ermächtigungsgesetz. In der Tat wird allgemein damit gerechnet, daß die Legislaturperiode dieser Kammer früher zu Ende geht als die Debatte dieses von der Regierung vorgelegten Finanzgesetzes. Da außerdem der Senat in seiner Mehrheit der Vorlage abweichend gegenübersteht, wird sich Poincaré noch Gelegenheiten gegenübersehen, die zu manchen Ueberraschungen Anlaß geben können.

Der Beschluß des sozialistischen Kongresses in Marseille, grundsätzlich mit dem linken Flügel der Bürgerlichen örtliche Wahlvereinbarungen abzuschließen, ist von einem großen Teil der französischen Presse begrüßt worden. Herriot, der Präsident der radikalsozialistischen Partei, der bei den letzten Kammerdebatten als einer der gefährlichsten Widerkämpfer Poincarés hervorgetreten ist, trat bereits in Verhandlungen mit dem Vorstand der sozialistischen Partei. Herriot denkt über die bevorstehende Wahlkampagne sehr optimistisch und sprach kürzlich die Vermutung aus, daß der Ausgang der Wahlen in Frankreich die links orientierten Parteien noch mehr stärken werde, als es in England der Fall war.

## Selbstmordversuch eines bekannten Kommunisten.

Der bekannte russische Kommunist Miasnikoff hat Mitte Jänner im Gefängnis den Versuch eines Selbstmordes begangen. Er wollte sich erhängen. Im letzten Augenblick wurde er aus der Schlinge befreit und ist am Leben geblieben.

Um die Bedeutung der vorstehenden Nachricht zu würdigen, muß man die Geschichte dieses Mannes vor Augen führen. Miasnikoff, ein Metallarbeiter der Urallindustrie, ist Kommunist seit 15 Jahren und gehörte zur Kerngruppe der Leninischen Partei. In den Jahren des Bürgerkrieges war er, wie die meisten kommunistischen Arbeiter, von Illusionen und überhöhten Hoffnungen befeelt; er war an der Front energisch und heroisch tätig. Er war es aber auch, der den Großfürsten Michael (des letzten Zaren Bruder) im Sommer 1918 erschossen hat. Nachdem aber die Bürgerkriege beendet waren und die neue kapitalistisch-kommunistische Politik der Sowjetregierung einsetzte, war Miasnikoff, wie auch viele andere kommunistische Arbeiter, für eine terroristische Politik nicht mehr zu haben. Er richtete einen Appell an seinen Parteivorstand, die alten Methoden der Säureherrschaft aufzugeben; „Ihr verhaßt die Bourgeoisie, und wir Arbeiter verbluten dabei“. Für derartiges Auftreten wurde er zuerst nach dem Osten verbannt, da er aber auch hier die Unterstützung verschiedener Gruppen sich gesichert hatte, wurde er zuerst nach Moskau zurückberufen und verhaftet, und schließlich nach Deutschland in eine sowjetrussische Handelsvertretung befördert. Im Herbst 1923, mit Erlaubnis seines Parteivorstandes, kehrte er nach Moskau zurück. Es dauerte aber nicht lange, und er kam wieder ins Gefängnis, um hier schließlich seinen schrecklichen Entschluß zu fassen. Ueber die Diktatur und den Terrorismus der russischen kommunistischen Partei reden diese Ereignisse eine so deutliche Sprache, daß es sich wirklich erübrigt, noch ein Wort hinzuzufügen.

## Die Wiener Polizei im Vollkampf.

Wien, 12. Feber. (Eigenbericht.) Heute fand eine Vertrauensmännerversammlung der Wiener Sicherheitswache statt; diese nahm die Mitteilungen des Polizeipräsidenten über seine Bemühungen bei der Regierung zur Kenntnis, erklärte aber die Zugeländnisse der christlichsozialen Minister für durchaus unbefriedigend. Nur mit Rücksicht darauf, daß die teilweisen Zugeländnisse Gelegenheit zu weiteren Unterhandlungen geben, wurde von schärferen gewerkschaftlichen Maßnahmen abgesehen.

# Die Textilarbeiterausperrung in Tannwald.

## Die Scharfmacher beharren auf ihrem Diktat — das Habermann-Ministerium rührt sich nicht!

Die Tannwalder Textilarbeiter haben ihrer hochmütigen Annahme die Krone aufgesetzt: als Montag früh die Textilarbeiter arbeitsbereit vor den Fabriken erschienen, fanden sie die Tore derselben versperrt oder es wurde ihnen der Eintritt in die Arbeit verwehrt. Weiter arbeiten durften nur jene, die Samstag an den Maschinen gepußt haben, und dann jene Arbeiter, die Maschinen bedienen.

Montag fand eine fast vierstündige unverbändliche Aussprache statt, in welcher die Unternehmervertreter die Vorschläge der Arbeiterschaft, den bisherigen Zustand bis zur Entscheidung durch das Ministerium für soziale Fürsorge zu belassen und sich der Entscheidung des Ministeriums zu fügen, zwecks weiterer Besprechung ihrerseits entgegennahmen.

## Phantasiereisende in Deutschland.

### Kommunistische Hochstapler-Regie und Sensationsjucht der reaktionären Presse Hand in Hand.

Berlin, 12. Feber. (Eigenbericht.) Seit längerer Zeit kündigen die Kommunisten für Mittwoch den 13. Feber in allen Großstädten Deutschlands große Demonstrationen an, auf die der „Vorwärts“ bereits vor Wochen hingewiesen hat. Die bürgerliche Presse fast aller deutschen Städte bringt auf Grund von polizeilichen Meldungen in den letzten Tagen in sensationeller Aufmachung Mitteilungen über die angeblichen Putschpläne der Kommunisten anlässlich dieser Demonstrationen. Es liegt auf der Hand, daß diese Sensationsmeldungen vollständig erlogen oder zumeist übertrieben sind, und daß der Hauptzweck dieser Meldungen darin zu sehen ist, die Notwendigkeit der weiteren Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes in Deutschland nachzuweisen. Allerdings erschauern die Kommunisten der Reaktionäre diese Absicht durch die Art, wie sie die Demonstrationen ankündigen und in ihren Flugblättern von „bewaffnetem Auftreten“ von „proletarischen Hundstapfen“, von Beteiligung von Frauen und Kindern an diesen Demonstrationen sprechen.

Durch diese großsprecherische und übertriebene Art der Propaganda erweisen sich die Kommunisten immer wieder, gewollt oder ungewollt, als die Helfershelfer der reaktionären Bestrebungen. In irgend einer Befürchtung, daß es zu Zusammenstößen kommen wird, ist indessen nicht die geringste Veranlassung vorhanden.

## Staatliche Räte und bürgerliche Wahlakt.

Berlin, 12. Feber. (Eigenbericht.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird am Dienstag, den 19. Feber vor Beginn der neuen Tagung des Reichstages zu einer außerordentlichen Sitzung zusammentreten. Bis heute ist der Reichsregierung trotz des Ermächtigungsgesetzes noch nicht gelungen, auch nur eine einzige der schwebenden Fragen, von allen Dingen die wichtigsten Steuerfragen, zu lösen. Die Verhandlungen, die mit den Parteien ununterbrochen geführt werden, waren bis jetzt resultatlos. Es zeigt sich besonders, daß die bürgerlichen Parteien mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen der Bewilligung von neuen Steuermitteln durchaus ablehnend gegenüberstehen, trotzdem die Sanierung der deutschen Währung und die Herstellung des Gleichgewichtes in den Reichsfinanzen die Bewilligung neuer Steuern unbedingt notwendig macht. Wenn alle diese Fragen im Plenum des Reichstages zur Entscheidung kommen sollten, so ist zu erwarten, daß die Einigkeit der bürgerlichen Parteien erneut aufs schwerste gefährdet wird.

## Nicht „Deutschland wird bezahlen“, sondern: „Frankreich wird arbeiten“.

### Die Sanierungsdebatte in der französischen Kammer.

Paris, 12. Feber. Die Vormittagsitzung der Kammer verlief verhältnismäßig ruhig. Nachdem einige kommunistische Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt worden waren, schritt man an die Diskussion des Artikels der Regierungsvorlage, der den 20prozentigen Steuerzuschlag betrifft. Abg. Engerand (Nationaler Block) ergriff als erster das Wort und betonte die Notwendigkeit der Annahme der von der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen. Er sagte, man behaupte, wenn Poincaré fallen werde, werde der französische Frank steigen. Auch nach Waterloo ist er gestiegen. Doch es handelt sich darum, was der Sturz Poincarés außer einer augenblicklichen Haufe für andere Folgen haben könnte. Auf den Hinweis des Redners, daß die Kaufleute jetzt schon bei der bloßen Ankündigung von Steuern die Preise unbegründeter Weise erhöhen, antwortete Poincaré, daß die Regierung der Kammer einen diesbezüglichen Entwurf unterbreiten werde. Abg. Engerand schloß mit den Worten: Die Formel, „Deutschland wird bezahlen“, werden wir durch die Devise „Frankreich wird arbeiten“ ersetzen.

Auch den Bemühungen des Regierungsrates Wanisch und des Gewerbeoberinspektors Oerventh ist es nicht gelungen, die Unternehmer zum Aufgeben ihres perfiden Verlangens zu bewegen. Sie fordern „bloß“ den Durchbruch der achtundvierzigstündigen gesetzlichen Arbeitswoche durch das Verlangen nach Einführung der sogenannten Putzstunden.

Die Situation ist unverändert ernst. Die gesamte Arbeiterschaft des Industriegebietes ist in unverbrüchlicher Solidarität und mustergültiger Disziplin mit den von der Aussperrung betroffenen Textilarbeitern verbunden, deren Kampf um die Erhaltung eines erworbenen und errungenen Rechtes ein Kampf der Gesamtarbeiterschaft ist.

In der Nachmittagsitzung der Kammer wurde ein Resolutionsantrag angenommen, welcher der Kommission für die Kriegsspekulationen und der Kommission für die befreiten Gebiete gewisse Untersuchungsrechte einräumt. Hierauf nahm die Kammer die allgemeine Diskussion über die Finanzvorlage auf.

Abg. Tardieu hielt eine lange Rede gegen den 20prozentigen Steuerzuschlag. Seine Rede wurde vom ganzen Hause aufmerksam angehört. Der Redner suchte nachzuweisen, daß dieser Zuschlag dem kleinen Mann viel schwerere Opfer auferlegt als dem Reichen. Es könne nicht mit Sicherheit angenommen werden, daß hierdurch das Gleichgewicht im Budget erreicht wird. Seiner Ansicht nach ist die Befreiung der französischen Währung nur zu erreichen, wenn zu den Maßnahmen der Regierung vier andere Punkte hinzukommen: 1. eine aktive Devisenpolitik, 2. eine Kreditpolitik, 3. eine Konsolidierungspolitik und 4. eine allgemeine Politik. Redner kritisierte die bisherige Finanzpolitik.

## Italienerin an den lieben Mussolini

Rom, 11. Feber. Die Agenzia Stefani meldet: Die italienische Botschaft in Moskau erhielt folgende Mitteilung Tschitscherins: „Ich bitte Sie, dem Herrn Mussolini den Ausdruck unserer tiefsten Befriedigung gelegentlich der Unterfertigung des italienisch-russischen Vertrages zum Ausdruck zu bringen, dieses bedeutungsvollen Ereignisses für den Weltfrieden, mit welchem die neue Ära der Beziehungen zwischen den beiden Ländern ihren Anfang nimmt. Der Beschluß der italienischen Regierung, unverzüglich einen Botschafter in Moskau zu ernennen, hat in endgültiger und sehr glücklicher Weise unsere neuen Beziehungen besiegelt und hierfür sind wir Mussolini besonders dankbar. Sofort nach der Rückkehr der Mitglieder der Regierung nach Moskau wird die Frage der Ernennung der beiden Botschafter endgültig geregelt werden. Ich erlaube mir hinzu zu fügen, daß die Erklärung Mussolinis vom 30. November 1922 und vom 31. Jänner 1924 in glücklicher Weise den Boden für den heutigen Zustand vorbereitet habe.“

## Oesterreich wird Rußland anerkennen.

### Ankündigung durch den Außenminister Grünberger.

Wien, 12. Feber. In der Sitzung des Budgetausschusses hielt bei der Beratung des Kapitels „Auswärtige Angelegenheiten“ Außenminister Grünberger ein längeres Exposé, an dessen Schluß er erklärte, daß nach der Anerkennung Sowjetrußlands de jure durch England und Italien nunmehr auch Oesterreich bereit sei, die notwendigen Schritte zur Anerkennung der ZSR. de jure zu unternehmen. Die Verhandlungen über die formale Durchführung dieser Anerkennung werden in den nächsten Tagen beginnen.

## Eine Schwimdel-Annekte Horthys.

Budapest, 12. Feber. (Eigenbericht.) Heute wird bekanntgegeben, daß der Justizminister der Staatsanwaltschaft die Weisung erteilt hat, die Namenslisten der politischen Gefangenen bereitzustellen, die aus irgend welchen Gründen „wichtig“ sind, begnadigt zu werden. Es wird betont, daß von einer generellen Amnestie keine Rede sein könne, daß aber individuelle Begnadigungen in den letzten Tagen erfolgt sind und auch in Zukunft erfolgen sollen.

## Die Budapester Bombenattentate.

Budapest, 12. Feber. (Eigenbericht.) Die drei von den Schuldigen des Elisabethstädter Bombenattentates wurden heute der Staatsanwaltschaft eingeliefert. Die Polizei hat jetzt die Untersuchung wegen des Alantates auf die Zeitungsdruckerei „Atheneion“ wieder aufgenommen, die vor zwei Jahren unterbrochen worden war.

## Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kr.	.....	Dollar 2,9100
Berlin 100 .....	Schweiz. Franc 16,7000	
Wien 1 .....	Mark 122.000.000,00000	
.....	Österr. Kronen 2,05800	

## Prager Kurse am 12. Feber.

	Geld	Var.
100 holl. Gulden	130400	131000
1 Billion Mark	79000	81000
100 belg. Franks	139,2500	139,7500
100 schwed. Franks	697,0000	610,0000
1 Pfund Sterling	149,7000	61,1000
100 Lire	152,1250	153,6000
1 Dollar	34,8250	35,1250
100 franz. Franks	159,1250	159,8250
100 Dinar	41,4500	41,9000
1.000.000 mag. ar. Kronen	11,8700	12,3000
1.000.000 poln. Mark	3,4250	4,2250
10.000 österr. Kronen	4,8100	7,0100

## Tages-Neuigkeiten.

### Schwerer Eisenbahnunfall.

Die Direktion der Staatsbahnen in Königsgrätz veranlaßt: Am 11. Feber fiel auf der Strecke Rawarow-Jeseny a. N. auf den Zug Nr. 3548 eine angelegte Luche im Gewichte von 1500 Kilo, und beschädigte drei Personenzüge sowie einen Güterwagen und verletzte das Geleise. Schwer verletzt wurde der Jungführer Josef Stole aus Starckenbach, leicht verletzt wurden: Fr. Duchabel aus Kundraty bei Liebstadl, Karl Tesch, Geometer aus Sidrow, Rosalie Hesel aus Prag-Bubentzsch, Fr. Krila aus Jablonek a. J., Paula Mala, Rythouchow bei Semil, Marie Hab aus Grobhor, Emilie Adamasch aus Eisenbrod. Die Verletzten wurden in Eisenbrod von einem Arzt gepflegt. Der Verkehr war für eine Stunde unterbrochen. Der Unfall war für eine Stunde unterbrochen. Der Unfall war für eine Stunde unterbrochen.

### Jindrich Kohn will deutsch werden.

#### Ein Beitrag zur Sprachverhöhnung und „philosophischen“ Verblödung durch die „Prager Presse“.

Herr Dr. Jindrich Kohn — wer weiß etwas? — veröffentlichte in der gestrigen Abendausgabe der „Prager Presse“, die sich einbildet, in deutscher Sprache geschrieben zu sein, einen Leitartikel über die „Sozialpsychologie der tschechisch-jüdischen Assimilation“, die nach seiner Ansicht „sehr bemerkenswert“ ist. Gleich eingangs behauptet er, daß diese Assimilation „ein Bewußtsein des geschichtlichen Assimilationsprozesses geschaffen hat“.

Kolossal „bemerkenswert“! Die Assimilation hat das Bewußtsein von der Assimilation geschaffen! Wer Knödel isst, schafft sich damit das Bewußtsein, Knödel zu essen, und nicht etwa Schödel.

Herr Jindrich Kohn ist Assimilant, jüdisch-tschechischer Assimilant, versteht sich darum nur mehr auf Tschechische, zur Not kann er noch mit den Händen reden, die er aber höchstens dann zur Hilfe nimmt, wenn ihn die „Prager Presse“ dazu verurteilt, einmal deutsch zu schreiben. Dieses „Deutsch“ sieht dann etwa so aus:

„Zwar treten auch im tschechischen Lebensgebiete die zwei Phänome der Generationsdifferenzierung und der Integration sonstiger Sondergefühle in enge Beziehungen. In dem Druck des Gefühls steigender Entfremdung zwischen den Generationen mißt man das Zugehörigkeitsgefühl zu einer gemeinsamen neuen Zeitraße.“

Wenn man das einem deutsche, — „Jahrhundert“ eingibt — er mag seiner Rasse noch so sehr durch „Phänome“ der Generationsdifferenzierung oder Integration entfremdet sein, so kriecht er auf der Stelle. Doch dürfte auch bei jüdischen Zunge-tieren, die Zugehörigkeitsgefühl zum Tschechischen haben, eine ähnliche Katastrophe eintreten, wenn sie folgende Broden des Jindrich verblödet haben:

„Generationsdifferenzierung“, „Bewußtseinmetamorphose“, „das Chromosome, das urkeimende Grundergebnis“, das „Sentimental-Geleisch“, „Traditionalismus“, „zeitpsychologisch“, „polare Verwandt“, „eine Relation zwischen zwei Gefühlskomplexen, welche aus einer gleichgerichteten Erlebnissphäre in entgegengesetzte Deutungsrichtungen ausstrahlen“, die „rezipierte Prägung“, das „wesensverschiedene Sukzessionsgefühl der geschichtlichen und kollektiven Entflammung“, die „psychotechnische Ordnung“ und das „Wirgefühlt“.

Wohlgemerkt: das „Wirgefühlt“ des Herrn Jindrich, oder sein „Wirerlebnis“ ist gemeint, nicht etwa sein Wirgefühlt oder Wirrerlebnis. Jindrich ist durch und durch tschechisch-jüdischer Assimilant. Muß er deutsch schreie, dann haut er mit Fremdwörtern um sich, zwischen denen er sein herrliches Deutsch einfließt. Er ist ein guter Tschecher. Aber das hindert ihn nicht, als Bereicherer und Meister der deutschen Sprache aufzutreten, die er mit seinem „Wirgefühlt“, mit seiner „Zeit“ und „Raumraße“ verschönert. In unserm lieben Deutsch läßt sich der Tschecher Kohn von „weiten ostwestlichen Perspektiven“, „durchschauern“, da gibt es Komplexe, die aus Sphären strahlen, in ihm leben „deutungsgebende“, „Seelenelemente“ eine „assimilierte Zionsliebe“, „chronopsychische Phänomene“ usw. usw. Das alles und noch viel mehr hat Platz in einer einzigen Spalte aus der assimilierten Feder des Herrn Jindrich. Wir sind überzeugt, daß dieser Leitartikel derselben Auffass, hätte er ihn tschechisch geschrieben, auch nur radegebrochen hätte. Doch da wäre es Sache jener, die die tschechische Sprache lieben, sich vor solch sprachverhöhnenden „Assimilanten“ zu schützen. Wir verwarren uns jedenfalls im Namen der deutschen Volkssprache gegen die Eingriffe dieses Jindrich.

### Die homoeruelle Verleumdung der Hakenkreuzlerjugend.

In Graz ist man homosexuellen Untrieben Jugendlicher, vor allem Mittel- schüler, auf die Spur gekommen, die in hakenkreuzlerischen Organisa- tionen gepflegt wurden. Wir lesen über diese Standaloffäre in der „Arbeiter- Zeitung“:

Es ist kein Zufall, sondern im Wesen der von einer widernatürlichen Ideologie beherrschten völ- lischen Verbände begründet, daß bei ihnen neben der politischen auch die sexuelle Unzucht einen guten Nährboden findet. Wo immer ein Gericht gegen Hakenkreuzler aus irgendeiner Verbrechen- ursache einschreiten mußte, wurde entdeckt, daß die Bande nicht nur die Verkehrtheit ihres National- sinnes, sondern vielfach auch die Verkehrtheit ihres Geschlechtstriebes zusammenhäft. Da es selbstverständlich hauptsächlich die unreife Jugend ist, die sich dieser Bewegung anschließt, besteht für sie eine große Gefahr, vor der die Eltern nicht eindringlich genug gewarnt werden können. Wir erinnern nur an das Treiben zweier Feldmeister beim völkischen Pfadfinderverein Wäslungen, die den bedauerndwerten Knaben neben nationalen Liedern auch den Gesang der „Wirtin an der Lohn“ lehrten mit jenem Text, der wohl zu dem Gemeinsten gehört, was es auf dem Gebiet der Jode gibt. Doch nicht nur seltsam wurden diese Pfadfinder bei den Wäslungen systematisch ver- giftet, sondern auch in ihrem geschlechtlichen Emp- finden ruiniert. Kaum ist der traurige Skandal ver- raucht, taucht in demselben Milieu schon wieder ein neuer auf, der womöglich noch krasser und erschütternder wirkt.

Wieder müssen sich, wie der „Arbeiterwille“ meldet, Polizei und Gericht in Graz mit homo- sexuellen Untrieben Jugendlicher befassen. Die seit länger Zeit in so weichen Streifen und derart ungenügend betätigt worden, daß bei den Straf- gerichts- und Schulbehörden gleich von mehreren Seiten Anzeigen erstattet wurden. Es handelt sich bei diesen traurigen Vorkommnissen durchwegs um Mittelschüler im Alter von siebzehn bis zwanzig Jahren — meist Schüler des Gymnasiums in der Deversegasse und des Gym- nasiums auf dem Tummeplatz. Sämtliche Opfer der völkischen Unzucht sind Mitglieder des All- gemeinen deutschen Turnvereines oder der Jugendgruppe des Herkules- und gelben Vogel- und des Mittel- schüler- verbindung Cherustia.

Unter den Mitgliedern der größeren Jung- mannengruppe des Allgemeinen deutschen Turn- vereines hat sich eine förmliche homoeruelle Kameradschaft gebildet, in der wahre Degen getrieben werden. Jünglinge haben sich gewöhnlich nach den Turnstunden, die fast aus- schließlich abends stattfanden, im Stadtpark oder auf dem Schloßberg vergangen. Manchmal gingen sogar drei oder vier zusammen und alle Beteiligten trieben direkt Propaganda für die Schwoberer; sie genierten sich gar nicht und stellen sie sogar als etwas Selbstverständliches hin.

Der Verführer ist der Sohn eines He- rikalischen Bankdirektors. Beschuldigte und Zeugen sagten aus, daß dieser Jüngling sein Umwesen auch bei den Neupfadfindern, die haupt- sächlich aus homosexuellen Mitgliedern bestehen und nur dem Schein nach eine Pfadfinderorgani- sation sind, betriebe.

Bei einzelnen der in Untersuchung gezogenen Gymnasialisten, die vom Schulbesuch dispensiert wurden, sind homosexuelle Zeitschrif- ten und eine glühende Liebeskorre- spondenz, die sie miteinander führten, gefun- den worden. Der Verführer leugnet, doch mehrere seiner Opfer haben bereits Geständnisse abgelegt. Abgesehen von den strafrechtlichen Folgen wird so mancher dieser irrageführten Knaben an diesen Verleumdungen auch in der Zukunft zu leiden haben.

Es können daher die Eltern nicht genug davor gewarnt werden, ihre unerfahrenen Kinder Ver- einen anzubetrachten, die unter dem Schein des Nationalismus oder des Monarchismus Zeichen- herde der Pervertität sind.

**Geniebt der Wirteberuf Achtung?** Oft be- klagen sich die Gastwirte in ihren Fachblättern darüber, daß ihre Kunst verachtet sei. Ein Ab- titenzler, Johann Heßler, Verwalter eines Blaukreuzhauses in der Schweiz, hat sich zu die- ser Frage im Völkischen Monatsheft, in dem er die Evangelische Arbeiterpartei vertritt, wie folgt ge- äußert: „Einst dann wird der Wirteberuf wieder in eine achtbare Stelle hineinkommen, wenn er sich der hohen Verantwortung dem Volke gegen- über bewußt wird. Solange aber Tausende von Frauen und Müttern klagen, daß ihre Männer, Söhne und Brüder im Wirtshaus durch Alkohol- genuss und anderes ihr Pflichtgefühl verlieren, solange wird auch der Beruf ungeachtet, unglück- licher Familien auf denjenigen lasten, die gewissen- los, nur um schändlichen Gewinnes willen, ihre Opfer ausbeuten und hilflos liegen lassen.“

**Zwei Konserven — drei Wochen Kerker.** Vor ungefähr vier Jahren fand in Grazenberg (Schlesien) eine Arbeitslosen demonstration statt, bei der das Hotel „Annenhof“ geplündert wurde. Ein Mann entwendete im Hotel Konserven, von denen sich auch der Handelsangestellte Otto A. zwei Stück mitnahm. A. wurde jetzt da er nicht früher ermittelt werden konnte, wegen der zwei Konserven zu drei Wochen Kerker verurteilt. Die Verurteilung erfolgte unbeding.

**Die Pahaufsertigung nach den Vereinigten Staaten eingestellt.** Das Ministerium für soziale Fürsorge teilt mit: Während der Zeit der ge-

stärkten Ausstellung von Auswandererpässen (1. bis 31. Jänner) haben sich beim Sozialfürsorge- ministerium schon so viele Auswandererpässe für das Fiskaljahr 1924-25 für die Abreise nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika angehäuft, daß die für das erwähnte Fiskaljahr festgesetzte Quote durch diese und die aus dem Vorjahre zurückgebliebenen Pässe sicher bereits völlig erschöpft ist. Um der erfolglosen Häufung von Pässen in die genannten Staaten und der Enttäuschung der Auswanderer vorzubeugen, hat das Sozialfürsorgeministerium allen Pahauntern unter- sagt, vom 16. Febrer d. J. angefangen bis auf weite- res Auswandererpässe in die Vereinigten Staaten von Nordamerika auszustellen. Nach dem 15. d. M. können von den Pahauntern Auswanderer- pässe in die Vereinigten Staaten von Nordamerika nur noch Personen ausgestellt werden, die auf die tschechoslowakische Quote nicht gerechnet werden und auch diesen nur bis zum 15. Juni d. J. Darüber, welche Personen auf die tschechoslowa- kische Auswandererquote nicht gerechnet werden, geben den hieran interessierten Personen über An- suchen die für die zuständigen Pahauntern Auf- klärung.

**Verlängerung der Frist für Verjährungs- bestimmungen.** Der Minister hat noch einer tschechischen Blättermeldung am Freitag eine Re- gierungsverordnung folgenden Inhaltes genehmigt: Die Verjährungsfrist für die in den Para- graphen 1480 und 1486 des b. O. B. genannten Forderungen und für noch nicht gezahlte Zinsen aus Lombardarlehen, die zur Zeichnung der Kriegsanleihe gewährt wurden, sowie für Schuld- schein der österreichischen, ungarischen und ge- meinsamen Vorkriegsschuld, sei es der sicherheits- ten oder nicht sichergestellten, wird derart verlän- gert, daß für diese Forderungen die Verjährung frühestens am 1. April 1925 eintritt, wenn sie nicht bereits vorher durch Ablauf der früher im Gesetz festgesetzten Verjährungsfrist hinlänglich ge- worden sind. Für die genannten Forderungen, die bis 1. April 1922 fällig geworden sind, beginnt die dreijährige Verjährungsfrist an diesem Tage, bei später fälligen Forderungen am Tage der Fälligkeit. Es wird gleichzeitig erwogen, ob ähn- liche Fragen der Verjährungsfrist nicht durch ein besonderes Gesetz geregelt werden sollten.

**Selbstmordversuch eines agrarischen Sekre- tärs.** Wie Saazer Blätter berichten, hat am Mon- tag vormittag der in Padersam tätige Sekre- tär Schmutz vom Bund der Landwirte in einem Hotel in Saaz einen Selbstmordversuch be- gangen. Er begab sich um diese Zeit in das Ladezimmer des Hotels und richtete dort die Schußwaffe gegen sich. Das auf den Schuß her- beieilende Personal fand ihn in der Pabewanne in iner Blutlache liegen und bei näherem Augen- schein ergab sich, daß er sich mit einem Browning- revolver eine Kugel in die rechte Schläfe gejagt hatte. Schmutz wurde in bewußtlosem Zustande in das Saazer Krankenhaus überführt. Aus einer Reihe von Briefen, die der Selbstmordkandidat an Funktionäre des Bundes der Landwirte gerichtet hat, geht hervor, daß Schmutz wegen privater Sorgen seinem Leben ein Ende bereiten wollte. In seinem Auskommen wird gezweifelt.

**Wieder ein Schnellzug in Gefahr.** Als am Montag der Nacht-Schnellzug Prag—Naschau um 2 Uhr 44 Min. in die Station Stefanau, die letzte Station vor Olmütz, einfuhr, wurden im vierten Wagen Erschütterungen wahrgenom- men. Der Zugführer Josef Benes aus Prag zog sofort die Notbremse, und der Zug kam noch in der Station zum Stillstand. Es ergab sich, daß eine Schiene gebrochen war, wodurch das Geleise für etwa 48 Stunden gesperrt bleiben mußte. Im Zuge befanden sich 170 Reisende; verletzt wurde niemand. Der Verkehr wurde auf dem Nebengeleise aufrechterhalten.

**Eine Nebenmutter.** In Jägerndorf wurde auf dem Friedhofe von Romeise im Jän- ner eine Kindesleiche gefunden. Es wurden sofort die Nachforschungen nach der Mutter des Kindes eingeleitet. Die Kindesmutter wurde nun in der 28jährigen polnischen Staatsangehörigen Marie Brandis ausgeforscht. Nach ihrer Verhaftung schand sie, daß sie Mitte Dezember 1923 zwischen Mladetko und Slavnic auf freiem Felde das Kind zur Welt brachte. Ueber eine Stunde lag sie bewußtlos, niemand leistete ihr Hilfe. Als sie wieder zur Besinnung kam, verpackte sie das Kind in ein Tuch und ging nach Slavnic. Dort habe sie übernachtet und das Kind auf einem Dünger- haufen über Nacht liegen gelassen. Am nächsten Tage fuhr sie mit einem Fuhrwerk nach Troppau und von dort nach Jägerndorf. Hier ließ sie das Kind einige Tage in einer Scheune liegen und warf es dann vor den Weihnachtsfesttagen in den Abendstunden beim Friedhofe von Romeise über die Mauer. Ob das Kind schon tot zur Welt kam oder von der Mutter umgebracht wurde, werden die weiteren Nachforschungen ergeben.

**Nach fünf Jahren von Jän Deserlon verurteilt.** Der 41 Jahre alte Josef D. aus Zeiserndorf (Schlesien), der schon vorbestraft ist, wollte am 22. Oktober 1918 am Bahnhofs in Standung einem Soldaten, der mit seinem Rucksack unter dem Kopf schlief, Tabak und Kleidungsstücke entwenden. Der Soldat erwachte aber und verstellte das Vor- haben des D. der sofort die Flucht ergriff. Alle Nachforschungen nach ihm blieben ergebnislos. End- lich gelang es seiner hobhaft zu werden und er wurde vom Militärgericht wegen Desertion zu 14 Monaten Kerker verurteilt. Dieses Urteil wurde von der höheren Instanz aufgehoben und in eine neunmonatliche Kerkerstrafe umgewandelt. Wegen des versuchten Diebstahls wurde er zu vier- zehn Tagen Kerker verurteilt.

**Ein Knabe in der Eger ertrunken.** Der „Saazer Anzeiger“ berichtet aus Sterkowitz im Saazer

Bezirk, daß Samstag nachmittags der 13 Jahre alte Sohn des Gutshausbesizers Josef Sittner in der Nähe des Leinwitzer Baches durch das Eger- eis eingebrochen und ertrunken ist. Die Veruche, den Leichnam des Knaben zu bergen, blieben bisher ohne Erfolg.

**Vergessene Kriegsgefangene.** Die Berliner „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet aus Amsterdam, ein neutraler Reisender habe auf der Insel R6 zwei verwaarloste vergessene deutsche Kriegsgefangene entdeckt. Diese seien nach seiner Beschreibung in einem Geisteszustand, der als Blödsinnigkeit bezeichnet werden könne; sie verfügten nicht über genügende Willenskraft, um ihre Freilassung zu betreiben. Die dortige Be- völkerung tut nichts in ihrem Interesse. Der eine Gefangene hat sich so gründlich verreckt, daß ihn der Neutrale während seiner ganzen An- wesenheit nicht zu sehen bekam. Der Pariser deutsche Botschafter werde Schritte im Interesse der Freilassung der Gefangenen unternehmen.

**Was die Wiener Luftbarkeitsabgabe er- möglicht.** Von der ersten Opernredoute erhielt die Gemeinde Wien 477 Millionen Luftbarkeits- abgabe. Dazu kommen noch 83 Millionen Nahrungs- und Genussmittelabgabe, so daß ins- gesamt die Gemeinde eine Einnahme von 560 Millionen zu verzeichnen hatte. Mit diesem Be- trage können siebzehn alte Leute ein volles Jahr lang in den Verforgungshäusern der Stadt erhalten werden.

**Fledtippus in Budapest.** Wie „Magyaror- sag“ meldet, sind Montag zwei weitere Per- sonen, im Ganzen somit vier Personen in Budapest an Fledtippus gestorben.

**Ein Chronograph, der Hundertstelssekunden re- gistriert.** Der französischen Akademie der Wissen- schaften wurde am Montag das Funktion eren eines Chronographen erklärt, der auf elek- trische Weise Minuten, Sekunden und Hundert- stelssekunden registriert. Der Chronograph ist be- sonders für den sportlichen und astronomischen Gebrauch bestimmt. Der Apparat hat sich bei den letzten Spielen in Chamontix vor- trefflich bewährt.

**Eine Skandalaffäre in Sarajevo.** Das Tagesgespräch in Sarajevo bildet eine große Skandalaffäre, in deren Mittelpunkt männliche und weibliche Jöglinge einer Mittelschule stehen, die gemeinsam eine pornographische Zeitung her- ausgegeben haben. Die Untersuchung hat noch andere Dinge zutage gefördert, so unter anderem die Tatsache, daß viele Schüler und Schülerinnen geschlechtskrank sind.

**Eine spanische Militärschule niedergebrannt.** In der Nacht vom Samstag auf Sonntag hat eine Feuerbrunst die Militärschule in Guadalupe zerstört. Der verursachte Schaden beträgt mehrere Millionen Pesetas.

**Weres Vordringen der mexikanischen Re- gierungstruppen.** Die mexikanischen Regierungstruppen haben außer Veracruz auch Orizaba und Cordoba besetzt.

**Porzellan im Werte von 500.000 K entwendet.** In der Porzellanmanufaktur Rosenthal in Selb (Bayern) ist man dieser Tage großen Unter- schicksen eines Expedienten auf die Spur gekommen. Dieser lieferte seit mehr als zwei Jahren an Ge- schäftsleute in Nürnberg, Augsburg, Halle a. d. Saale und anderen großen Städten sehr bedeutende Sen- dungen in Porzellanwaren, die er und seine Kom- plizen in der Fabrik heimlich geschafft hatten. Jedes- mal, wenn in der Richtung der genannten Städte eine offizielle Sendung ging, ließ auch zugleich eine schwarze Sendung mit. Die Geschäftsleute bekamen die Ware von dem Expedienten natürlich um einen billigeren Preis. Der Expedient und seine Komplizen haben dabei, so weit man bis jetzt überbliden kann, eine Summe von mindestens 80.000 Renten- mark verdient, das ist circa eine halbe Million Kronen.

**Waisens. (Schmierenaufklärung.)** Einem v. t. Publikum zur Nachricht, daß der Raus- graf Amibald wegen Gaseriparnis schon im zwei- ten Akt gehängt werden muß. Die Direktion. — (Zur Beruhigung.) „Ich möchte gern etwas Morphium haben, Herr Professor, damit ich nachts schlafen kann.“ — „Ohne Rezept kann ich Ihnen kein Morphium geben.“ — „Ah dann geben Sie mir etwas Jankienpulver.“ — (Waisentante n. h. m. o. r.) Der Hamburger „Duisborn“ gibt fol- gende hübsche Geschichte zum Besten: Ein Arbeits- mann von de Rai will mit ein litten Sak un'n Freehoben no de Stadt rin. Ein Tollmann holt en an: „Was haben Sie da?“ — „Ach, das es man en bitten Fegels (Fegsel), Kaninchenfuder. Das is so tollfree.“ — „Lassen Sie mai sehn.“ — De Greun- roß gripp in den Büdel. Pobenoy liggt Ries und Korn, ober dor inner Kaffebohnen, seine Guate- mola. Greunroß holt den Arbeitsmann de Kaffe- bohnen inner de Räs und fragt: „Ist das Kanin- chenfutter?“ — „Gewiß,“ seggt de, „wenn se dat nich mögen krieg se gor nix.“ — (Der Schwei- ger.) Ihig Schmal und Worty Weilschenblut geben bei grimmiger Kälte die Hände tief in den Wan- teltaschen verreckt über den Markt in Krotoschin. „Run, Worty, warum bist denn heut so list, warum redst denn nicht?“ — „Ausgerechnet wegen dir.“ entgegnet dieser, „werde ich mir die Hände verfrü- ren: fällt mir ein!“

**Wetterübersicht vom 12. Febr.** In der ganzen Republik nimmt die Temperatur bei völlig bewöl- ktem Himmel langsam zu. Die stärkste Erwärmung ist im äußersten Osten der Slowakei eingetreten wo bereits Tauwetter herrscht. In der Nacht auf Dienstag fiel etwas Schnee. — Wahrschein- liches Wetter von heute: Vormügend be- wölkt, bei weiterer Erwärmung Niederschlagsneigung.

### Herr Gottschäferchen.

Von Robert Grösch.

Seit drei Jahren erlebe ich, sobald die ersten bereiften Tage gekommen sind, immer die gleiche Ueberraschung: der Marienkäfer ist da. Eigentlich müßte ich sagen: Marienkäferchen — so klein ist das Kerlchen mit den rotbraunen, schwarzpunktierten Flügeln und dem winzigen schwarzen Kopf. Aber Käferchen klingt zu senti- mental, es genügt schon, daß die Kinder den Purtschen Herrgottschäferchen nennen.

Auch in diesem Jahre trippelte das Herr- gottschäferchen mit seinen dünnen Beinen am ersten bereiften Novemberabend über meinen Schreibtisch in den Lampenschirm. Nach welchem dunklen Geset bleibt immer eines bei mir zurück, wenn der Herbst geht? Oder nisten mehrere in meinem Zimmer — und nur eines zeigt sich mir, bezieht gewissermaßen Wachtposten auf meiner Werkbank?

Es gibt Leute, die müßen Hund oder Kabe um sich haben. Mir genügt das Herrgottschäfer- chen. Man hoht abends nicht so allein hinter Tinte und Papier. Das Herrgottschäferchen spaziert umher und turnt Gleichnisse, aus denen wir Säugetiere viel lernen können. Es stimmt steil am Lampenfuße empor, dem Licht entgegen, stößt oben gegen das wogerechte Gesims des Brenners, stürzt mit leisem Knall abwärts auf die Schreibtischplatte zurück, fällt dabei immer auf den Rücken, zappelt lässlich mit den Beinen, hilft sich mit Flügeltraud wieder auf — und flütert von neuem zum Licht empor. Unermüdlid, Abende hindurch geht das Spiel — ohne andere Resultate als die regelmäßigen Abstürze.

Oder es erklimmt den Rand meines runden kupfernen Aschenbeckers und rennt dann da oben im Kreise, immer im Kreise, unermüdlid. Rennt es nur, um zu rennen, die Glieder zu rühren? Oder schweig es dabei in dem Glauben, ungeheure Bestreben zurückzulegen? Was wissen wir von den inneren Aufregungen eines Herrgottschäferchens!

Was weiß ich von seinen Emotionen, wenn es über mein Manuskriptpapier trippelt, wie neu- lich, als ich schrieb, und der kleine Käfer neben der Feder einherlief? Die Tinte umpölte seine Beine und er wälzte durch Worte, die von Deutschlands Not und Schmerzen kündeten. Solch ein Herr- gottschäferchen kann ja zweifellos nicht lesen, sonst wäre manches an seinem Tun nicht recht verständ- lich. Jedoch, ein gültiger Beweis für sein Anal- phabetentum ist auch das nicht. Denn schließlich sind auch wir Analphabeten dem winzigen Bür- schen ähnlicher, als gut ist: Eine gewaltige Macht, vor der wir als nichtsiges Käfervolk einhertrippeln, schreibt Geschichte und die meisten unter uns können die Zeichen nicht deuten! Sie rennen in der Tinte umher, blindlings und mit eingezogenen Fühlern, wie mein Herrgottschäferchen.

Es geriet schließlich unter ein Blatt jenes Manuskriptes und ward vom Tintenwischer bei- nahe blend zerquetscht. Ich könnte es hier so dar- stellen, als ob dies geschehen wäre. Denn erstens vermag niemand das Gegenteil festzustellen, und zweitens weiß ich, daß eine stärkere Pointe für diese Geschichte kaum zu finden ist. Aber so ein Herrgottschäferchen hat etwas Schlichtes, Wahrhaf- tiges, Ungemachtes in seinem Wesen, und so will ich denn bei der Wahrheit bleiben: Es fiel vor ge- Woche abends in meine halbgefüllte Teetasse. Als ich das Unglück bemerkte, zappelte der Käfer schon nicht mehr. Ich holte ihn mit zinnernem Löffel aus der Tasse. Er schmeckte an der Borte des Pom- pendeckchens und rührte sich nicht. Wird er wieder erwachen? Wird er zu sich kommen? Von trüben Ahnungen erfüllt, stieg ich ins Bett und sah ihn im Traume, wie er im Taumelzug durch die Lüfte kreiste, zur Erde ging und die selbigen Unterlängen einzog, die nach jedem Flug ein Weilschen unter den rotbraunen Flügeldecken hervorrschimmerten wie ein kostbarer Unterrod.

Am nächsten Morgen hielt mich die Trübsal untrer Tage an der Zeitung fest. Man vergißt einen Marienkäfer, wenn man liest, daß in Berlin hunderttausende Schulkinder kein tägliches Mittag- essen haben. Man vergißt darüber ganz andere Dinge.

Als er mir wieder in den Sinn kam, hatte die Aufwartefrau meinen Schreibtisch längst abge- kehrt. Ob sie seinen Marienkäfer gesehen habe, der an der Lampendecke lehnste? Die Frau starrte mich eine Weile an, dann lachte sie rauh, aber herzlich. Sie weiß nicht, wie sehr sich mein großer Kollege Goethe freute, wenn ihn eine Fliege umsummte. Sie hat einen Hund, einen zwitteren, kläffigen Bankerl, an dem sie mit abgöttischer Liebe hängt.

Ich habe nichts gegen Hunde, aber mein Marienkäfer besah immerhin den Vorzug, daß er seine Flühe einherschleppte weder Maulkorb, Halsband noch Zwerrmarke brauchte und keine Dosen zerriff. Er hat nur einmal Sachschaden an- gerichtet: als er eines Mittags in den Zylinder der Schreibtischlampe geriet. Vielleicht war er im Wirbelzug hineingetaumelt. Seit jener Stunde zeigte der Glühstrumpf einen Riß. Ich jah noch, wie der Marienkäfer aus dem Brennergehäuse ge- troden kam, mit den Fühlern über den Brenner- rand witterte, den Kopf einzog und die Beine an- einandertrieb, wie jemand, der den Staub einer langweiligen Gegend angepödet von den Füßen schüttelt.

Er wußte ja nicht, daß dieses kalte, untwirt- liche Gehäuse von Glas, Messing und imprägnier- tem Wollstoff jenes Wunderwerk war, zu dessen magischer Lichtfülle er jeden Abend vergeblich emporstrebte.

# Kleine Chronik.

## Der „Herzog von Zerören“.

Einer der größten Hochstapler ist durch die Aufmerksamkeit der Vertreter eines Automobillhauses in Berlin unschädlich gemacht worden. Bei der Niederlage der Bernabowerwerke am Kurfürstendamm führte sich ein Kunde als „Herzog von Zerören“, belgischer Staatsbürger und Mitglied der internationalen Militärkontrollkommission in Hamburg, ein, um ein kostbares Auto zu kaufen. Das Geschäft kam aber nicht zustande, weil man vorsichtig war und der Käufer gleich zahlen sollte. Zufällig war gerade der Dessauer Vertreter des Hauses in Berlin und wurde so auch mit dem Herzog von Zerören bekannt. Bald darauf erschien dieser bei ihm in Dessau und klagte ihm sein Leid, daß er mit dem von ihm in Berlin gekauften Wagen auf der Fahrt über Dessau hinaus verunglückt sei. Der Vertreter traute dem nicht recht, weil der Berliner Vertreter ihm schon mitgeteilt habe, daß aus dem Handel nichts geworden wäre, brachte aber den Herzog einstweilen in einem Dessauer Hotel unter. Man verständigte die Kriminalpolizei, und stellte bald fest, daß man es mit einem Weisterschwinder zu tun hatte, und veranlaßte seine Festnahme. Der angebliche Herzog ist ein 24 Jahre alter, aus Lüttich gebürtiger berufloser Stephan Otto, der schon verschiedene glänzende Rollen gespielt hat. In Berlin spielte er noch den einfachen deutschen Kriegsgefangenen, dem es gelungen war, nach dem Waffenstillstand aus dem Lager von Douvres zu entweichen. Als Deutscher wollte er aus Malmédy flüchten. Im Rheinland trat er als belgischer Hofmarschall auf, bestellte beim photographischen Atelier der Armee 250 Bilder des Königs Albert und bekam sie auch nach Koblenz geliefert. Als belgischer Major Otto Benny überreichte er dem Oberkommandierenden der amerikanischen Besatzungstruppen General Allen die belgische Militärmedaille. Dann betrog er andere Amerikaner um beträchtliche Summen und fuhr damit nach Konstantinopel, wo ihm am Hofe ein prächtiger Empfang bereitet wurde. Im englischen Hauptquartier aber wurde er festgenommen. Jedoch nur für einen Augenblick. Von zwei englischen Soldaten dem Oberkommando vorgeführt, beschwerte er sich mit dem Erfolg, daß man ihn sofort wieder freiließ und die Bestrafung der beiden Soldaten ihm zusicherte. In London erlitten der Hochstapler als Verwandter des belgischen Königs, in dessen Auftrag er bei der Rheinarmee lebe, und bekam eine Wohnung im Dudhinghampalast angewiesen. Sein Verstoß, Photographie und Autogramm vom Herzog von York zu erlangen, schlug fehl. Freundliche Aufnahme dagegen fand er als Offizier der belgischen Fliegertruppe im Lager der englischen Flieger, die ihm zu Ehren ein großes Frühstück gaben. Von hier aus richtete er auch ein Telegramm an den Kommandanten der belgischen Luftflotte im Hauptquartier zu Brüssel, dem er die gute Aufnahme mittelste. Als Graf von Rotenburg spielte der Gauner im Jahre 1921 in Berlin den Kurier der internationalen Militärmission und wies sich mit einem gefälschten Diplomatenpasse aus.

# Gerichtssaal.

## Advokatenmanieren beim Gewerbegericht.

Das Gewerbegericht schlichtet bekanntlich Streitfälle im Einvernehmen mit den beteiligten Parteien selbst, also durch Ausschaltung der Mitarbeit von Rechtsanwälten. Daß daher das Gewerbegericht bei den Rechtsanwälden nicht beliebt ist, braucht nicht wunder zu nehmen. Diese Mißgunst geht jedoch soweit, daß manche Anwälte, zumal, wenn sie sonst die Interessen eines Unternehmens zu wahren haben, die Würde des Gerichtes zu mißachten sich hinreißen lassen, wie der Gang einer Verhandlung beweist, die am Montag in der Abteilung III. des Gewerbegerichtes durchgeführt wurde.

Die „Pravka Matny skiova spolocnost“ (Prager Glaswaren A. G.) besitzt in Hostivař bei Prag eine Glasfabrik, die seit ungefähr zwei Jahren außer Betrieb gesetzt ist. Die Arbeiter und Angestellten dieser Fabrik, die zumest aus Nordböhmen zugewandert sind und heute nur zum Teil die Arbeitslosenunterstützung erhalten, hatten im Betriebe freie Wohnung. Nach der Stilllegung der Fabrik behielten viele der Arbeiter und Angestellten auf Grund einer gegenseitigen Abmachung die Wohnung weiter. Plötzlich erhielten nun diese Arbeiter und Angestellten die Kündigung, über die nun am Montag vor dem Gewerbegericht entschieden werden sollte. An den Verhandlungen nahm über Einladung der Angestellten dieses Betriebes auch der Vertrauensmann des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Tepliz teil, der seinerzeit Lohnwichtigkeiten in der Glasfabrik geschlichtet hatte.

Bei der Verhandlung erklärte nun der Direktor der Glasfabrik, daß jene Arbeiter und Angestellten, die ihm vor dem Gewerbegericht Schwierigkeiten machen, nie mehr aufgenommen werden. Wegen diese Annahme des Direktors nahm der Vertrauensmann energisch Stellung, indem er darauf hinwies, daß der Unternehmer die Arbeiter vor Gericht nicht bedrohen dürfe.

Staum hatte jedoch der Vertrauensmann den allzu geharnischten Angriff des Direktors zurückgewiesen, als ein Herr, der im Verhandlungssaal hinter der Rampe — also im Publikum — stand, auf den Vertrauensmann zu schreien begann:

„Das geht Sie garnichts an! Wer sind Sie denn eigentlich? Der Vertrauensmann verwarf sich gegen diese Anrede und wies dem Richter seine Legitimation vor. Das hinderte jedoch den Advokaten — den Herrn hinter der Rampe — nicht daran, weiter heranzuschreien und wegen der Anwesenheit des Vertrauensmannes Radau zu schlagen. Als er aus dem Saale gewiesen wurde, drohte er dem Richter mit der Anzeige an die Advokatenkammer. Dieser Rechtsvertreter, der nicht einmal weiß, daß das Gewerbegericht eine spezialfreie Einrichtung ist, daß er daher dort nichts zu suchen hat, heißt Dr. Karl Pösa und wohnt in Prag-Smichow. Kaum hatte nun dieser Rechtsanwalt den Saal verlassen, als auch sofort eine Verhandlungsbasis gefunden werden konnte: die Verhandlung wurde bis zum 11. März verlagert, da man bis dahin eine Einigung zu erzielen hofft. Den Rechtsanwalt, der auf die geschickte, schwer näher zu qualifizierende Weise die Interessen seines Auftraggebers zu vertreten sich bemüht, wird man sich merken müssen.

# Volkswirtschaft.

## Die Auswanderung in der Tschechoslowakei.

Das Statistische Staatsamt veröffentlichte eine Uebersicht über das Auswanderungsverwehen im ersten Vierteljahr 1923. Danach sind aus der tschechoslowakischen Republik in den genannten drei Monaten 7639 Personen ausgewandert, beziehungsweise wurde ihnen ein Auswandererpaß ausgestellt. Es entfallen also auf je 100.000 bei der Volkszählung 1921 anwesende Einwohner 19 Personen, denen ein Auswandererpaß ausgestellt wurde. Was das Ziel der Auswanderung anbetrifft, entfallen auf die europäischen Staaten 2809 Personen also ungefähr die Hälfte der Ausgewanderten. Unter den Staaten Europas nimmt wieder die erste Stelle Oesterreich mit 500 ein, dann folgen Südpolen, wohnin 435, Deutschland, wohnin 338, Ungarn, wohnin 348, Rumänien, wohnin: 310, Polen, wohnin 115, Sowjetrußland, wohnin 91, Italien, wohnin 60 Personen ausgewanderten. Die andere Hälfte der Auswanderer gab als ihr Reiseziel Amerika an. Bemerkenswert ist, daß hier Südamerika viel stärker an der tschechoslowakischen Auswanderung beteiligt ist, als Nordamerika. Wanderten doch nach Argentinien 2248 Personen aus und nach Brasilien 149, in die Vereinigten Staaten jedoch nur 1284, in die übrigen amerikanischen Staaten 142. In die sonstigen Weltteile wanderten bloß acht Personen aus, mit unbekanntem Reiseziel verließen 12 Personen die Tschechoslowakei.

Was die Nationalität der Auswanderer betrifft, waren 6248 Personen tschechoslowakischer Volkszugehörigkeit, 1164 deutscher, 83 magyarischer, 64 russischer, 30 polnischer und 45 jüdischer und 3 sonstiger Volkszugehörigkeit. Nach Berufen entfielen auf Land- und Forstwirtschaft 1141, Industrie 3778, Handel und Verkehr 304, öffentliche Dienste und freie Berufe 145, sonstige 2271 Personen. Was die Berufsklasse der Auswanderer betrifft, waren 895 Selbständige, 179 Beamte, 5100 Arbeiter, 61 Lehrlinge und 38 mithelfende Familienangehörige. Ohne Beruf wanderten 1356 Familienangehörige aus. Zur Zeit der Auswanderung waren 3038 Auswanderer beschäftigungslos, 998 beschäftigt, während 2247 Personen eine diesbezügliche Angabe nicht machten. Unter den auswandernden Arbeitern waren die meisten aus der Landwirtschaft, aus der Metall- und Maschinenindustrie, der Holzindustrie, der Bekleidungsindustrie, der Brauindustrie und der Industrie der Nahrungsmittel- und Genussmittel.

Die tschechoslowakische Regierung gegen ausländische Arbeiter. Wie der Berliner „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ aus Jittou erfährt, hat die tschechoslowakische Regierung neuerdings verschiedene Bestimmungen über die Beschäftigung sächsischer Arbeiter in der Tschechoslowakei erlassen und in einigen Fällen bereits Firmen in Strafe genommen, die sächsische Arbeiter in ihren Betrieb einstellten.

Umsatzsteuer bei Einfuhr von Getreide und Mehl. Das Ministerium für Volksversorgung teilt mit: Die gestrige Nachricht eines Prager Blattes, daß das Ministerium für Volksversorgung in den letzten Tagen seinen ursprünglichen ablehnenden Standpunkt geändert habe und jetzt der Einführung einer Umsatzsteuer auf Getreide und Mehl zustimme, beruht auf unwichtigen Informationen. Das Ministerium verharret im Gegenteil bei seinem Widerstande gegen die Ausdehnung der Umsatzsteuer auf eingeführtes Mehl und Getreide und sieht besonders die jetzige Zeit der steigenden Teuerung als ungeeignet für Einführung dieser Steuer, durch welche die Getreidepreise noch steigen würden.

Handelsvertrag Italien-Tschechoslowakei. Nach über zwei Monate währenden Verhandlungen ist der Handelsvertrag zwischen Italien und der Tschechoslowakei nunmehr dem Abschlusse nahegekommen. Man erwartet, daß die Unterzeichnung binnen wenigen Tagen erfolgen werde.

Eine internationale Konferenz über den Achtstundentag. In den Beratungen, die in den letzten Tagen zwischen den Ministern des englischen Kabinetes über die Festlegung der Regierungspolitik stattgefunden haben, soll, wie der Londoner Korrespondent des Berliner „Vorwärts“ von unterrichteter Seite erfahren haben will, ein Projekt des Arbeitsministers Thom Shaw, die Arbeits-

minister aller in Frage kommenden Länder zu einer Konferenz über den Achtstundentag nach London einzuberufen, eine Rolle gespielt haben. Es soll sich vor allem darum handeln, die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zu beschleunigen und den achtstündigen Arbeitstag international festzulegen. Auch Deutschland soll zu dieser Konferenz eingeladen werden.

Ausperrung deutscher Schriftgießer. Am Samstag haben sämtliche Schriftgießereien Deutschlands ihre Arbeiter ausgesperrt, d. h. ihnen die achtstündige Kündigung zugestellt. In Frage kommen etwa 300 Arbeiter in Berlin, Hamburg-Altona, Frankfurt-Offenbach, Stuttgart und Dresden. In den Schriftgießereien war bis zum 2. Feber ein Wochenlohn von 28,88 Mark bezahlt worden. Diesen Lohn haben die Unternehmer dann eigenmächtig um drei Mark gekürzt. Verhandlungen, die darauf im Reichsarbeitsministerium stattfanden, endigten mit einem Schiedsspruch, der einen Wochenlohn von 29 Mark festsetzte und eine Arbeitszeit von 48 Stunden mit der Möglichkeit von drei Ueberstunden ohne Aufschlagszahlung. Diesen Schiedsspruch, der weit hinter dem Vorkriegslohn von 42 Mark zurückbleibt, lehnten die Unternehmer jedoch ab.

Ein Berufsbildungsgesetz in Deutschland. Zwischen der deutschen Regierung und den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind schon seit längerer Zeit Beratungen über ein Gesetz, das die berufliche Ausbildung jugendlicher regeln soll, statt. Die Reichsregierung wird die Vorlage demnächst dem Reichstago unterbreiten.

Ausfuhrzölle in Frankreich? Der Pariser „Eclair“ glaubt zu wissen, daß die Ministerien für Ackerbau, Handel und Finanzen die Modalität der Einführung einer 20prozentigen Ausfuhrerhebung in Erwägung ziehen. Die Fachleute halten dafür, daß trotz der Einführung einer solchen Abgabe den importierenden Staaten immer noch ein Spielraum von 1 bis 20 Prozent bei dem jetzigen Stande des französischen Franken belassen wäre.

Ein staatliches Kreditinstitut in Italien. Das italienische Amtsblatt veröffentlicht ein Dekret, durch welches ein nationales Kreditinstitut für italienische Unternehmungen im Ausland begründet wird, welches unter anderem folgende Zwecke hat: Die Unternehmungen und Kolonisationsarbeiten im Auslande, bei denen vorwiegend italienische Arbeiterschaft verwendet werden wird, ganz oder teilweise zu finanzieren, ferner Vorstöße zu gewähren oder das hierzu erforderliche Material zu besorgen und Ersparungen der Auswanderer zu fördern, zu stärken und zu sammeln. Das Institut wird eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 100 Millionen Lire sein und 30 Jahre bestehen.

Streiks im Ural. Große Streiks und Arbeiterunruhen haben sich in letzter Zeit im Ural ereignet. In einzelnen Orten dauerten die Streiks fünf bis sechs Tage. Es kam auch zu scharfen Konflikten mit den Wirtschaftsbehörden und den kommunistischen Zellen.

Arbeitslöhne und Arbeitslosigkeit in Russland. Auf dem Sowjetkongress, der jetzt in Moskau stattfindet, hat der Volkskommissar Schmidt einen Bericht über den Stand der Sozialpolitik erstattet. Trotzdem keine Ausführungen, wie es einem Minister geziemt, sonst sehr optimistisch waren, hat er über den Stand der Arbeitslöhne doch folgende bemerkenswerte Angaben machen müssen. „Im Jahre 1923 haben sich die Löhne um 100 Prozent gegenüber 1921 erhöht; aber im Vergleich zu den Vorkriegslöhnen sind die Löhne noch weit zurückgeblieben. Mitte 1923 erreichten die Löhne nur 55 v. H. des Vorkriegsstandes. Bei den Transportarbeitern sind die Löhne noch niedriger, wie in den anderen Wirtschaftszweigen. In der Provinz waren die Löhne im vergangenen Jahr sehr niedrig.“ — Ueber die Entwicklung der Arbeitslosigkeit machte der Volkskommissar folgende Angaben: Am 1. November 1922 hatten wir 318.000 Arbeitslose; am 1. November 1923 waren es schon 709.000 und heute haben wir im Lande etwa eine Million Arbeitslose. 38 v. H. aller Arbeitslosen sind Angestellte, die zum Teil aus dem Kleinbürgertum bezw. aus verarm-

ten Schichten des Bürgerthums stammen. Auf die Industrie entfallen 24 v. H. der Gesamtzahl. — Im Jahre 1921 waren 21.000 Unfälle in der Industrie registriert, im Jahre 1922 — 58.500. In der Diskussion erwähnte der Gewerkschaftler Autowinow, daß die Produktivität des Arbeiters im letzten Jahre um 60 Prozent gestiegen wäre, während die Löhne sich nur um 30 Prozent erhöht hätten.

# Kunst und Wissen.

Deute „3. philharmonisches Konzert“: „Das Lied von der Erde.“ Unter der Leitung Alexander Zemlinskys findet heute im Neuen Theater (Beginn halb 8 Uhr) das dritte philharmonische Konzert statt, das Mahlers „Lied von der Erde“ und die Symphonie, Op. 16, von Luigi Boccherini bringt.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch 3. philharmonisches Konzert; Donnerstag „Carmen“; Freitag „Schaggräber“; Samstag „Schauspieler des Kaisers“, „Schneider Fips“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Die Flamme“; Donnerstag „Eingebildeter Kranke“ und „Die Gezeiten“; Freitag „Der Mustergatte“; Samstag „Vetter aus Dingsda“; Sonntag nachmittags „Der Mustergatte“; Sonntag abends Premiere „Jolandas letztes Leben“ von Robert Garai.

Moskau in Moskau. Die Stadtverwaltung für Theatertreffen in Moskau unter Leitung von Arens Arensky trifft besondere Vorbereitungen für das Gokspiel Moissis, der anfangs März in Moskau eintreffen wird. Repertoire: Er ist an allem Schuld, Der lebende Leichnam, Hamlet, Gespenster.

# Literatur.

Georg Mehlis: „Spinozas Leben und Lehre.“ (Freiburg i. B., C. Günthers Verlag.) Professoren der Philosophie bis auf geringe Ausnahmen sehen es als ihre besondere Aufgabe an, philosophische Lehrsysteme in so schwieriger und komplizierter Form als möglich darzustellen. Der Laie, zumal der nicht akademisch gebildete, steht dann vor solchen Lehrbüchern wie vor Evangelien der Geheimwissenschaft und soll (das ist wohl die Absicht) die steigende Weisheit des Herrn Verfassers als etwas Vordagewesenes anerkennen. Mehlis unterscheidet sich von den heranziehenden Popularisatoren auf das vorteilhafteste. Seine Sprache ist klar und flüssig, die Gedanken leicht und sachlich herausgearbeitet, der Aufbau übersichtlich und zwingend. In irgendwie neuer Beleuchtung zeigt er den Gedankengang Spinozas nicht (das ist auf 102 Seiten auch gar nicht möglich), dafür aber weist er das ewig Lebendige, bis zum heutigen Tage Fruchtbare des Spinozismus überzeugend nach, geschlossener und einseitiger kann das Lehrgebäude des philosophischen Naturalismus vor einem Leser ohne Vorbildung wirklich nicht aufgerichtet werden. Was die musterhaft-pädagogische Klarheit anlangt, darf man die Schrift von Mehlis neben das kleine Nachschub von Waininger stellen. Beiden ist auch der Vortrag eigenartig. Mehlis ist im Leser nicht den Vorzug wecken, als wenn man wirklich Spinoza oder Niezsche „kenne“, sondern daß sie ihn zur Beschäftigung mit den Werken der Meister selbst anregen. Mancher wird, durch Mehlis geführt, erst recht zu Spinozas „Ethik“ greifen.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

### Das Beste für Ihre Augen

liefern **Optiker Deutsch, Prag,**  
Graben 25. Kl. Bazar

Rechenmaschinen, T. Edgar, Refazanka 2a.  
2335

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: O. Hofka.

## Laden Links!

Das neue deutsche Wählblatt: Erscheint wöchentlich, Jede Nummer 2 Kronen.  
Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung** Kremsler & Co., Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18-20.

## Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt, von der **Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.**



## Der lesende Arbeiter

das ist der **ankende und kämpfende Arbeiter!**

in der Not der Arbeitslosigkeit, im Kampfe um bessere Arbeitsbedingungen, im Kampfe um geistige Freiheit und Kultur ist der

## „Sozialdemokrat“

das Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik das einigende geistige Band, welches das deutsche Proletariat im Angriff und Abwehr zusammenschweißt und den Leser und werbet neue Leser des

## „Sozialdemokrat“

Ausschneiden und einsenden.  
**Abonnements-Bestellschein.** Abonnieren ab 192... monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich 192 Kč (nicht Zutreffendes durchstreichen) den

„Sozialdemokrat“ — Verwaltung Drag II., Kavlickova nam. 32

Vor- und Zuname: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Ort, Bezirk: \_\_\_\_\_  
Strasse und Nr.: \_\_\_\_\_